

Dokumentation

UDO WENGST

DER AUFSTAND AM 17. JUNI 1953 IN DER DDR

Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953*

Bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR hat die parteiamtliche Geschichtsschreibung dieses Staates an der These festgehalten, daß es sich beim Aufstand am 17. Juni 1953 in Berlin und in anderen Städten der damaligen DDR um einen durch „westliche Provokateure und Saboteure“ gesteuerten „gegenrevolutionären faschistischen Putschversuch“ gehandelt habe, der eine Mißstimmung und Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung zur Beseitigung des sozialistischen deutschen Staates zu nutzen versuchte¹. Im Westen ist diese Auffassung stets zurückgewiesen worden. Hier gab es nie einen Zweifel daran, daß es sich beim Aufstand am 17. Juni um eine spontane Erhebung gehandelt hat, in der eine innere Krise des SED-Staates zum Ausdruck kam².

Zu dieser Krise war es vor allem deshalb gekommen, weil die SED seit ihrer 2. Parteikonferenz im Juli 1952 zu einer Politik des „verschärften Klassenkampfes“ überging, der namentlich die Mittelschichten traf (Benachteiligung privater gegenüber den volkseigenen Betrieben; verstärkter Druck auf die Bauern, den Eintritt in die LPGs zu vollziehen; Einzug der Lebensmittelkarten für alle in Westberlin arbeitenden Personen, sämtliche selbständige Kaufleute, Privatunternehmer, Hausbesitzer und einige Gruppen von freien Berufenen), sich aber auch in einem „Kirchenkampf“ äußerte (besonders die „Junge Gemeinde“ geriet als „Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage im USA-Auftrag“ in das Zentrum des von der SED gesteuerten Angriffes³) und nicht zuletzt zu Lasten der nahe der Sektorengrenze lebenden Bevölkerung ging (Ein-

* Vorliegende Dokumentation war Grundlage meines Referates, das ich am 3. September 1991 während der von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Tagung „Verfolgung und Widerstand christlicher Demokraten nach 1945“ in Buchenwald gehalten habe. Ich danke Herrn Dr. Günter Buchstab für die Genehmigung, die folgenden Dokumente zu veröffentlichen.

¹ Siehe z. B. Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Berlin 1981, S. 156 ff.

² Dazu die Darstellungen von Stefan Braut, Der Aufstand. Vorgeschichte, Geschichte und Deutung des 17. Juni 1953, Stuttgart 1954; Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1982; Arnulf Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983.

³ Dazu Horst Dähn, Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980, Opladen 1982, S. 42–46; Hellmuth Nitsche, Zwischen Kreuz und Sowjetstern. Zeugnisse des Kirchenkampfes in der DDR (1945–1981), Aschaffenburg 1983, S. 102–113.

führung eines 10 Meter breiten Kontrollstreifens, eines 500 Meter breiten Schutzstreifens und eines 5 Kilometer breiten Gürtels als Sperrzone, in die die Einreise und in der der Aufenthalt nur aufgrund besonderer Genehmigung erlaubt waren und aus der die Einwohner evakuiert wurden, die als „politisch unzuverlässig“ galten). Alle diese Maßnahmen hatten eine sich dramatisch steigernde Flucht- und Abwanderungsbewegung zur Folge, die die bereits bestehenden Versorgungsprobleme ständig vergrößerte und die Lebenslage der zurückgebliebenen Menschen zunehmend verschlechterte.

Obwohl die sowjetische Führung nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 die SED-Spitze drängte, von ihrem harten Kurs abzulassen, hielten Ulbricht und mit ihm eine Mehrheit im Politbüro hieran fest. Mitte Mai beschloß das 13. Plenum der SED eine zehnpromtente Erhöhung der Arbeitsnormen, die der Ministerrat am 28. Mai absegnete, und die Nationale Front rief Ende des Monats zur Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften auf, um „die gesamte Bevölkerung zu mobilisieren, um breiteste Volkskreise, die noch abseits stehen, zur Mitarbeit zu gewinnen“⁴. Die Haus- und Hofgemeinschaften sahen sich jedoch von Anfang an dem Verdacht ausgesetzt, daß sie zum „Aushorchen und Bespitzeln der Familien“ eingerichtet werden sollten⁵, und sie reiheten sich somit in den Katalog der Maßnahmen ein, die einen forcierten „Aufbau des Sozialismus“ zum Ziel hatten.

Aufgrund erneuter Interventionen aus Moskau⁶ ging die SED auf Beschluß ihres Politbüros vom 9. Juni 1953 ohne jegliche propagandistische Vorbereitung von ihrer bis dahin verfolgten Linie ab und verkündete eine Politik des „Neuen Kurses“, die der Ministerrat zwei Tage später bestätigte. Die SED gestand nunmehr „begangene Fehler“ ein und versprach, „die Lebenshaltung der Arbeiter, der Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes zu verbessern“. Die sodann im einzelnen angekündigten Maßnahmen kamen besonders den Mittelschichten zugute (z. B. Aussetzung von Steuerzwangseintreibungen bei Bauern, Handwerkern sowie Groß- und Einzelhändlern; Möglichkeit der Wiedereröffnung geschlossener Privatbetriebe; Rückgängigmachung von Enteignungen von Grund und Boden sowie des Entzuges von Lebensmittelkarten; Rückkehrangebote an Flüchtlinge und eine partielle Gefangenenamnestie). Eine Ergänzung fanden diese Beschlüsse einen Tag später durch einen Ausgleich zwischen der DDR-Regierung und der evangelischen Kirche, als erstere zusagte, ihre Kampagne gegen die „Junge Gemeinde“ einzustellen und die ansonsten ergriffenen Maßnahmen gegen die Kirche oder einzelne ihrer Mitglieder zu überprüfen und ggf. zu revidieren⁷. An der zehnpromtente Normerhöhung hielt die SED

⁴ Zitat aus einem Artikel in der „Neuen Zeit“ vom 4. 6. 1953.

⁵ Zitat aus Dokument Nr. 1, S. 292

⁶ Hierzu nunmehr Rolf Stöckigt, Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: BzG 32 (1990), S. 648–654; Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek 1990, S. 57 f.; Elke Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“ Dokumente aus der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 6. Juni 1953, in: BzG 33 (1991), S. 658–680, hier: S. 659 ff.

⁷ Siehe Dähn, Konfrontation oder Kooperation (Anm. 3), S. 46–52, sowie Nitsche, Zeugnisse des Kirchenkampfes (Anm. 3), S. 116–121.

zunächst allerdings *expressis verbis* fest und provozierte hiermit in der Arbeiterschaft ein weiteres Anwachsen der lange aufgestauten Unzufriedenheit, die sich schließlich – durch taktische Fehlgriffe der SED begünstigt – in Streiks, Demonstrationen und Aufstandsbewegungen entlud.

Solange die DDR existierte, blieben die Akten der Regierung, der Staatssicherheit, der Parteien und der Massenorganisationen, die näheren Aufschluß über die Ereignisse im Sommer 1953 in der DDR geben können, unter Verschuß. Dies hat sich nunmehr grundlegend geändert, und mittlerweile liegen bereits mehrere Untersuchungen vor, die auf der Grundlage des nunmehr zugänglichen Quellenmaterials erstellt worden sind. Hier ist insbesondere hinzuweisen auf einen Aufsatz von Armin Mitter⁸, in dem Akten der Staatssicherheit verarbeitet worden sind; auf eine Monographie von Torsten Diedrich⁹, die auf Materialien aus dem zentralen Parteiarchiv der SED/PDS, aus dem Zentralarchiv des früheren DDR-Innenministeriums und dem Archiv des Militärgeschichtlichen Instituts basiert; schließlich auf einen Beitrag von Leo Haupts in dieser Zeitschrift¹⁰, für den die Akten der SED und auch der Blockparteien CDU und LDPD herangezogen wurden.

Aus den Beständen der Blockparteien, genauer dem Archiv der Ost-CDU, stammen auch die beiden Dokumente, die im folgenden zum Abdruck gelangen. Im Unterschied zum Beitrag von Leo Haupts, der die Haltung der Funktionäre der Blockparteien zum vorrangigen Gegenstand seiner Darstellung machte, befassen sich die beiden Dokumente mit der Stimmung und den Vorgängen an der Basis, so daß es nun möglich ist, die Ursachen und den Ablauf dessen, was unter dem Signum des 17. Juni 1953 firmiert, weiter aufzuhellen. Bei den Dokumenten handelt es sich um zwei Analysen, die im Generalsekretariat der Ost-CDU entstanden sind und die Stimmungsberichte aus den Kreis- und Bezirksverbänden zusammenfassen, die diese auf Anforderung des Generalsekretariats ab dem 11. Juni 1953 in dichter Folge nach Berlin sandten.

Das erste Dokument umfaßt den Zeitraum vom 11. bis zum 22. Juni 1953. Nach einer grundsätzlichen Vorbemerkung werden hierin die eingegangenen Berichte in der Weise gebündelt, daß die Situation in den einzelnen Bezirken nacheinander dargestellt wird, und zwar nach dem Muster: a) Reaktionen auf die Beschlüsse des Ministerrates vom 11. Juni 1953, b) Ablauf der Streiks, Demonstrationen und Unruhen (außerhalb Berlins) vom 16. bis 18. Juni 1953. Das Dokument selbst ist leider nicht vollständig überliefert. Eine Seite, den Bezirksverband Leipzig betreffend, war in den Akten nicht mehr aufzufinden. Anhand der der Ausarbeitung des Generalsekretariats zugrunde liegenden Vorlagen (Bericht des Bezirksverbandes Leipzig vom 13. Juni 1953 und Telegramme des Bezirksverbandes vom 17. und 18. Juni 1953) läßt sich jedoch der Inhalt rekonstruieren.

⁸ Armin Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953 in der DDR. Aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 25.1.1991, S. 31–41.

⁹ Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991.

¹⁰ Leo Haupts, Die Blockparteien in der DDR und der 17. Juni 1953, in: *VfZ* 40 (1992), S. 383–412.

Die Zusammenfassung der eingegangenen Berichte ergibt, daß die Politik des „Neuen Kurses“ in der Bevölkerung zwiespältig aufgenommen worden ist: Zum Teil konstatieren die Berichterstatter Erleichterung und Freude (die nicht selten in „Alkoholfeiern“ zum Ausdruck kommen), zum Teil aber auch Mißtrauen und immer wieder ein hohes Maß an Überraschung und Orientierungslosigkeit der SED-Funktionäre und SED-Mitglieder. Sehr informativ sind die einzelnen Schilderungen über den Ablauf der Demonstrationen und Unruhen, zu denen es mit graduellen Unterschieden in der gesamten DDR gekommen ist, wobei die Schwerpunkte in den größeren Städten lagen. Die einzelnen Berichte zeigen einen hohen Grad an Verbitterung und Gewaltbereitschaft auf und belegen, daß die politischen Forderungen und Parolen (insbesondere Rücktritt der Regierung – vor allem Ulbrichts – und freie Wahlen) dominierten.

Das zweite Dokument enthält eine Zusammenfassung der Stimmungsberichte, die im Berliner Generalsekretariat im Zeitraum vom 20. Juni bis 15. Juli 1953 eingegangen sind. Es weist eine andere Gliederung als das erste Dokument auf, da hierin die Berichte nach sachthemenatischen Gesichtspunkten aufgeführt sind. Das Dokument beginnt mit der Feststellung, daß die Bevölkerung nach der Niederschlagung des Aufstandes eine „abwartende und mißtrauische Haltung“ einnehme, und es warnt im folgenden wiederholt, daß neue Demonstrationen und Aufstände drohen, da „unter der anscheinend beruhigten Oberfläche ein gefährlicher Zündstoff“ lagere. Die Stimmungsberichte lassen keinen Zweifel daran, daß die Provokations- und Saboteursthese der SED in der Bevölkerung kaum Glauben fand und die politischen Forderungen vom 17. Juni nach wie vor aufrechterhalten wurden: insbesondere Rücktritt und Umbildung der Regierung und freie Wahlen (verbunden mit einer Kritik an den Volkskammerwahlen von 1950). Kritisiert wurden außerdem die Volkskammer (die in diesen Wochen nicht tagte), das Staatsoberhaupt Wilhelm Pieck (der sich in der Sowjetunion aufhielt und zu den Vorgängen in der DDR öffentlich erst sehr spät Stellung bezog) und besonders auch die Ost-CDU (die sich lediglich als „Anhängsel der SED“ erwiesen habe). Auf Ablehnung stieß weiterhin die Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften, als unglaublich wurde die „Schönfärberei“ der Presseberichterstattung empfunden, das Versorgungssystem und die Lebensumstände erhielten vernichtende Noten (es gebe kein Vertrauen auf „eine Zeit des besseren Lebens“, und noch schärfer die Feststellung, daß man „im kapitalistischen Zeitalter“ angenehmer gelebt habe). Unzufriedenheit gab es nach wie vor in besonders starkem Maße über die SED, weil sich ihre Herrschaftsmethoden nicht geändert hätten, sie weiter die Blockpolitik dominiere, die Personalpolitik in der Verwaltung manipulierte und am marxistisch ausgerichteten Schul- und Erziehungswesen festhalte. Zum Ausdruck kamen darüber hinaus Klagen über die Agrarpolitik (Kollektivierung), die fehlende Rechtssicherheit, die Durchsuchung von Paketen aus Westdeutschland, die Einschränkung des Interzonenverkehrs, die Verhältnisse im Sperrgebiet zur Sektorengrenze und schließlich über die Deutschlandpolitik der DDR-Regierung, die als „einheitsfeindlich“ charakterisiert wurde.

Alle diese Monita zusammenfassend kam ein führender Mitarbeiter des Generalsekretariats der Ost-CDU am 17. Juli 1953 zu dem Ergebnis, „daß in der Bevölkerung größtenteils zwar äußerlich Ruhe herrscht, daß sich in Wirklichkeit jedoch die Stim-

mung seit dem 17. 6. 1953 in keiner Weise gebessert hat. Bei der Bevölkerung herrscht großes Mißtrauen darüber, daß der ‚Neue Kurs‘ nur eine vorübergehende taktische Maßnahme sei und in einigen Wochen oder Monaten wieder ein Umschlag erfolgt.“¹¹

Um dieser Stimmung entgegenzuwirken und auch die Kritik aufzufangen, die in den Kreisverbänden nach wie vor an der Parteiführung der CDU geübt wurde und die in einzelnen Verbänden auch zu Rücktrittsforderungen an die Adresse des Vorsitzenden Otto Nuschke und des Generalsekretärs Gerald Götting geführt hatte, bereiste letzterer von Ende Juni bis in die zweite Julihälfte hinein die einzelnen Bezirksverbände, wo er mit Kreisvorsitzenden und Kreissekretären zu ganztägigen Konferenzen zusammentraf. Dabei ging es Götting insbesondere darum, die anhaltende Diskussion in den Kreisverbänden „zu zerschlagen“¹². Allein diese Wortwahl zeigt auf, daß der von Götting mit Vehemenz vertretene „Neue Kurs“ für eine wirkliche demokratische Erneuerung des Systems keine Chance bot und Götting weiterhin auf die sozialistische Umgestaltungspolitik der SED setzte, weil er davon überzeugt war, daß auf ihrer „Seite die geschichtliche Wahrheit und die konsequente Gesetzmäßigkeit der fortschrittlichen Entwicklung steht“¹³. Es dauerte fast 40 Jahre, bis sich herausstellte, daß er sich mit dieser Überzeugung im Irrtum befand, und die Bevölkerung der DDR in einem zweiten Anlauf unter günstigeren außenpolitischen Rahmenbedingungen erneut den Aufstand wagte, der nunmehr erfolgreich verlief und das SED-Regime hinwegfegte.

Dokument Nr. 1¹⁴

Analyse aus den der Parteileitung vorliegenden Stimmungsberichten aus der Bevölkerung seit der Veröffentlichung der Beschlüsse des Ministerrats vom 11.–22. 6. 1953.

Die vom Ministerrat der DDR am 11. 5. 1953 gefaßten Beschlüsse bildeten sofort nach Bekanntwerden das Hauptgesprächsthema des Tages. Die Aufnahme dieser Nachricht war allerdings sehr verschiedenartig. Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß sie vom überwiegenden Teil mit großer Genugtuung und Freude und oftmals mit Erleichterung begrüßt wurde. Aber in fast allen Berichten kommt auch zum Ausdruck, daß die Beschlüsse in großen Teilen der Bevölkerung Verwunderung auslösten, ja z. T. sogar mit Mißtrauen und Skepsis entgegengenommen wurden. Diese verschiedenartigen Reaktionen sind nicht an bestimmte Bevölkerungsschichten gebunden. Während es eine große Zahl von Bauern, Gewerbetreibenden und Handwerkern gibt, die übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß sie nun endlich wieder ruhig schlafen können und diese Freude bei ihnen so groß war – wie es im Bericht des KV Ribnitz-Damgarten heißt –, „daß der Verbrauch an Alkohol in diesen Tagen ganz bedeutend gestiegen ist“, gibt es andererseits aus denselben Bevölke-

¹¹ Situationsbericht von Ulrich Fahl vom 17. 7. 1953, S. 2, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), VII-011-1743; vgl. Haupts, Blockparteien (Anm. 10), S. 398 f.

¹² Bericht Göttings über die Besprechungen mit den Kreissekretären und Kreisvorsitzenden in den Bezirkssekretariaten der CDU, S. 1, in: ACDP, VII-011-1743.

¹³ Ebenda, S. 18.

¹⁴ In: ACDP, VII-011-1300.

rungskreisen Stimmen, die sofort den Rücktritt einer Regierung fordern, der solche Fehler unterlaufen konnten. Ebenso verschieden sind aber auch die Äußerungen aus den Kreisen der Angestellten und der Arbeiterschaft. Von den Christen und von den Mitgliedern unserer Partei wurde die Klärung der Differenzen zwischen Staat und Kirche im allgemeinen besonders freudig begrüßt. Der CDU wurde dabei allerdings häufig der Vorwurf gemacht, daß sie in der Frage der Jungen Gemeinde „politisch sehr kurzfristig“ gehandelt hat.

Im einzelnen ergibt sich aus den Berichten für die Bezirke folgendes Bild:

Im BV Rostock wurden die vom Ministerrat am 11.6. 53 gefaßten Beschlüsse von der Bevölkerung lebhaft diskutiert. Sie waren auch in den Versammlungen zur Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften die Hauptdiskussionspunkte. Die Berichte über die Aufnahme dieser Nachrichten sind aus den einzelnen Kreisen jedoch sehr verschieden.

Im Kreise Rostock-Land wurde die Offenheit, mit der das ZK der SED sowie die Regierung die begangenen Fehler zugibt, begrüßt, ebenso wie die Bereitwilligkeit, diese wieder gutzumachen. Im Kreise selbst war alles ruhig, und unsere ländlichen Ortsgruppen führten trotz des schlechten Wetters unbeirrt ihre Feldarbeiten durch. Mit Entrüstung hat man überall von der Verschleppung Otto Nuschkes¹⁵ Kenntnis genommen. Zu Ehren des Gründungstages unserer Partei haben in diesen Tagen mehrere Unionsfreunde Selbstverpflichtungen abgegeben.

Im Kreis Rostock-Stadt dagegen wurden die Beschlüsse „mit gemischten Gefühlen“ aufgenommen. In verschiedenen Hausgemeinschaften brachten organisierte Mitglieder der SED zum Ausdruck, daß die führenden Minister sowie der Generalsekretär der SED wegen der in den letzten Monaten in der DDR eingetretenen Zustände zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Der Kreis Stralsund-Land verzeichnet Freudigkeit und Aufatmen über die neuen Empfehlungen des Politbüros des ZK der SED sowie die neuesten Beschlüsse der Regierung. Viele Mitglieder haben zugegeben, daß sie sich schon zum Verlassen der DDR vorbereitet hatten, aber nach Bekanntwerden der Empfehlungen sofort ihren Plan fallenließen und mit neuen Hoffnungen ihre Arbeit wieder aufnahmen.

¹⁵ Über diesen Vorgang berichtete die „Neue Zeitung“ am 20.6. 1953 auf Grund einer Mitteilung der Alliierten Hohen Kommission (amerikanischer Teil) wie folgt: „Nuschke war am Mittwoch [17.6.] während der Demonstration in Ostberlin von einer aufgebracht Menge in den Bezirk Kreuzberg des amerikanischen Sektors abgedrängt und von der Westberliner Polizei vor den empörten Ostberlinern, die seinen Wagen über die Sektorgrenze geschoben hatten, in Schutzhaft genommen worden. Die Westberliner Polizei [...] hat Nuschke inmitten der Volksmenge vor Angriffen geschützt und nach einem Verhör im Polizeipräsidium den amerikanischen Behörden übergeben. Da der amerikanische Kommandant in Berlin für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im amerikanischen Sektor verantwortlich ist, wurde Nuschke auch von den amerikanischen Behörden vernommen und befragt, ob er Asyl suche oder nach Ostberlin zurückzukehren wünsche. Nachdem Nuschke zu verstehen gegeben hatte, daß er wieder nach Ostberlin wolle, wurde seine Übergabe nach Verständigung der sowjetischen Behörden in Karlshorst auf den Freitag [19.6.] festgesetzt. Vor der Übergabe ist Nuschke jedoch auf Wunsch noch einmal der Westberliner Polizei übergeben worden, die ihn über einen Fall von Menschenraub verhörte.“ Der Politische Ausschuß der Ost-CDU wies die Bezirksvorstände der Partei am 18.6. 1953 an, den Fall Nuschke wie folgt zu instrumentalisieren: „Breite Entfaltung einer Protestkampagne gegen den Raub Otto Nuschkes. An diesem Raub ist der Charakter der faschistischen Provokation zu demonstrieren.“ In: ACDP, VII-010-1842.

Im Kreise Wismar-Land herrscht große Verwunderung darüber, daß auch unsere Partei all den Maßnahmen, die heute klar und eindeutig als Fehler bezeichnet werden, seiner Zeit ihre Zustimmung gegeben hat. Der Aufforderung an die Republikflüchtlinge zur Rückkehr in die DDR mißt man größte Beachtung bei, rechnet aber nur mit wenig Rückkehrern. In den Kreisen der einfachen Mitglieder der SED wird eine starke Resignation, ja Verbitterung festgestellt. Verschiedene von ihnen sind an uns herangetreten und haben sich nach den Aufnahmebedingungen erkundigt mit dem Bemerkten, „daß sie die Nase voll haben und bei uns eintreten möchten“.

Pastor Meyer aus Neukloster hat in einer Hausversammlung unserem Kreisvorsitzenden den Vorwurf gemacht, daß die Presse der CDU gegen die Junge Gemeinde gehetzt hat. Unsere Partei wurde als Handlanger der SED bezeichnet, und man wirft uns weiter „Zweckdienlichmachung des Christentums für die Ziele der SED“ vor. Im Kreise Wismar-Land wurde außerdem versteckt und teilweise auch offen die Forderung nach Absetzung der Regierung und nach Bestrafung der Schuldigen laut.

Vom 17. 6. 53 ab werden die Berichte aus den verschiedenen Kreisen noch offener. So heißt es z. B. im Bericht des KV Wismar-Land vom 17. und 18. 6., daß die Forderung nach Abtritt der Regierung immer lauter werde und daß die Masse unserer Mitglieder mit der öffentlichen Meinung konform geht. Andererseits berichtet aber derselbe Kreisverband im gleichen Bericht, daß der Besuch von drei unserer Ortsgruppen im Kreisgebiet am 17. 6. die loyale und ruhige Haltung unserer Mitglieder bestätigt.

Der Kreis Ribnitz-Damgarten meldet am 18. 6., daß er in der Lage ist, unsere Arbeit ohne Störung durch die Mitglieder fortzusetzen; im Gegenteil, unsere Freunde sind empört über die Vorkommnisse in Berlin und verurteilen diese auf das Schärfste. Der Pfarrer der katholischen Kirche in Damgarten (CDU) verurteilt die gewaltsame Entführung Otto Nuschkes und verlangt, daß er sofort wieder freigelassen wird. Allgemein wird im Kreis gesagt, daß dieses Gangstermethoden sind, die man wohl in Amerika anwenden kann, von denen wir aber nichts wissen wollen.

Im Kreis Bad Doberan ist man den neuen Maßnahmen von Anfang an skeptisch gegenübergestanden. Wiederholt fiel der Ausspruch: „Erst mal abwarten, wir haben schon zu viel erlebt, um noch daran zu glauben.“

Diese Stimmung verschlechtert sich noch, als in Kühlungsborn in einer Versammlung zum Ausdruck gebracht wird, „man soll nicht so viel Theater machen, die Zurückkommenen würden doch nicht das erhalten, was ihres war“. Unverständlich sei der Bevölkerung auch, daß die Presse noch schreibt, „das gesamte Volk steht hinter der Regierung“.

Im Kreis Stralsund-Land war bis zur Erklärung des Ausnahmezustandes alles ruhig. Erst danach kam es in der Volkswerft und in anderen Betrieben zu Protesten und Streiks. Die Arbeiter verlangten die Aufhebung des Ausnahmezustandes, den Rücktritt der Regierung, insbesondere von Walter Ulbricht. Im Bericht heißt es wörtlich: „Es ist zu bewundern, daß sich die sogenannten Bürgerlichen ruhig verhalten und gerade die Arbeiter die Proteste erheben, sich von ihrer Partei abwenden und fordern, daß die SED-Funktionäre, die den Forderungen der Arbeiter hindernd im Weg stehen, zurücktreten.“

Im Kreis Bergen ist alles ruhig. Die Betriebe führen ihre Arbeit ungehindert und ohne Störung durch. Die Verschleppung Otto Nuschkes wurde von den Mitgliedern als unfair abgelehnt. Die Mitglieder verurteilen das strikte und stürmische Vorgehen gegen die Junge Gemeinde und sind der Meinung, daß man in dieser Frage hätte zurückhaltender sein sollen.

Im Kreis Wolgast ist alles ruhig. Von der Bevölkerung wird der Rücktritt der verantwortlichen Funktionäre gefordert. Die Landbevölkerung fordert vor allen Dingen Überprüfung

und Neufestsetzung des Ablieferungssolls und Aufmerksamkeit der verantwortlichen Stellen für die Futtergrundlage der Bauern.

Im Bezirk Schwerin haben die Beschlüsse des Ministerrats in großen Teilen der Bevölkerung Freude ausgelöst, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, daß viele diese Bekanntmachungen zum Anlaß nahmen, Feiern zu veranstalten. Auch aus Äußerungen einzelner geht diese frohe Stimmung hervor.

So stellt der Leiter der Handwerkskammer Güstrow fest, daß durch die Beschlüsse alle wieder neuen Mut gefaßt hätten. Der Leiter der Bank für Handwerk und Gewerbe in Güstrow [erklärt], daß alle Angestellten, seitdem die Beschlüsse bekannt wurden, neue Arbeitslust entwickeln. Der parteilose Anders, Inhaber einer Bau- und Möbelschreinerei, freut sich darüber, daß er nun wieder Kredit aufnehmen kann und beim Wirtschaftsablauf tatkräftig mitarbeiten darf.

In Wittenberge hörte man, daß verschiedene Republikflüchtlinge bereits Nachricht gegeben haben, daß sie in die DDR zurückkehren wollen. Ein Neubauer aus Beckdorf stellte fest, daß er nun auch als Einzelbauer wieder seine Daseinsberechtigung habe und er daher mit neuer Kraft an die Arbeit gehen werde. Der Unionsfreund Wienk aus Meschow war sehr glücklich, daß er seinen devastierten Hof wieder übernehmen konnte, und bemerkte, daß er jetzt wieder Lust zum Arbeiten habe und wisse, daß er auch vorwärts kommen werde. Er begrüßte besonders, daß die Verhandlungen betreffs der Übernahme in einer sehr feinen Form geführt und dabei alle seine Wünsche berücksichtigt wurden. In einer Mitgliederversammlung in Passow erklärten die Bauern, daß die schweren Sorgen, die sie sich um die Zukunft gemacht hatten, ihnen nun durch die neuen Verordnungen genommen seien.

Pastor Heintzeler, Schwerin-Stadt, Mitglied unserer Partei, zahlte bei der Kassierung am 14. d. M. seinen Beitrag besonders freudig, nachdem er noch beim vorigen Mal erklärt hatte, daß dies wohl das letzte Mal gewesen sei. Grund seiner Freude war das zwischen der Regierung und der Kirche getroffene Abkommen. Der Arbeiter Stelzer, parteilos, Wittenförde, ist besonders darüber erfreut, daß unsere Regierung so schnell auf die Forderungen der Bauarbeiter in Berlin reagiert und die 10%ige Normerhöhung widerrufen hat.

Es werden aber auch in der Bevölkerung des Bezirks andere Stimmen laut. So spricht nach Angaben unseres Kreisverbandes Bützow der größte Teil der dortigen Bevölkerung von einem Versagen der SED. In Ottensdorf b/Lohmen, Kreis Güstrow, wurde von einem Angestellten beim Rat des Kreises festgestellt, daß es unerhört sei, daß, wenn einer 3 Bretter geklaut hat, er dafür 8 Jahre Zuchthaus bekam, und dabei die jetzt erlassene Amnestie nur Strafen bis zu 3 Jahren Zuchthaus berücksichtigt. Nach Meinung eines Gastwirts in Güstrow müßte eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat, zurücktreten. Der Vorsitzende der LPG in Grossrogahn, Erich Trommel, äußerte u. a.: „Wenn nun die SED erkannt hat, daß alles, was sie falsch gemacht hat, uns soweit brachte, daß wir am Ende der wirtschaftlichen Möglichkeiten sind, dann kann man wohl sagen, daß diese Partei sich in Zukunft kein Vertrauen mehr erwerben kann.“ Hieran schließt sich auch die Meinung eines Bauern aus Batzendorf, der der Anschauung ist, daß nun die SED ausgespielt hätte und es für die Regierung Zeit wäre abzudanken, da sie in der Vergangenheit bewiesen hätte, daß sie nicht fähig ist, einen Staat zu führen und zu verwalten. Ein Bauer aus Breesegardt stellte fest, daß es nun an der Zeit wäre, die Superfortschrittlichen mit getarnter Maske, die sich bisher nur als Egoisten innerhalb der Gemeinde erwiesen haben, statt der Bauern, die nun aus den Gefängnissen herauskommen, einzusperren.

Im Kreis Sternberg wird von mehreren Einwohnern die Meinung laut, daß die neuen Maßnahmen zu keiner Einheit und zu keiner Verbesserung der Lebenslage führen werden,

solange die Regierung mit Ulbricht an der Spitze die Bevölkerung knebelt. Die Mitglieder der Ortsgruppe Katelbogen beschwerten sich darüber, daß sie bereits auf dem Kreisparteitag in Güstrow 1952 auf die Mängel und Fehler in der Staatsführung hingewiesen haben und dabei für ihre offenen Hinweise als reaktionär und die Zeit nicht verstehend angesehen wurden. Sie sind der Meinung, daß, wenn alle Funktionäre unserer Partei sich mehr mit der Stimmung der Bevölkerung befaßt hätten, die Republikflucht der Bauern und Geschäftsleute verhindert worden wäre, und sie machen der Parteileitung den Vorwurf, daß diese die Fehler hätte einsehen müssen und sich zur rechten Zeit für die Abstellung derselben hätte einsetzen müssen.

In Burow, Kreis Lübs, meinte ein Einwohner, daß es sich nur noch um ein paar Tage handeln könne, dann gäbe es keine SED und keine Nationale Front mehr.

Der Kreisverband Ludwigslust berichtet, daß die Stimmung in Grabow nicht gut sei und man einen personellen Wechsel der Regierung fordere.

Im Kreisverband Schwerin-Land wurde von Teilen der Bevölkerung mehrfach zum Ausdruck gebracht, daß sie zu einer Anzahl von Funktionären kein Vertrauen mehr haben könne.

Aus dem Bezirk Neubrandenburg, Kreis Röbel, wird mitgeteilt, daß die Bevölkerung die Beschlüsse der Regierung begrüßt und daß es in verschiedenen Orten des Kreises zu Feiern gekommen ist. Verschiedentlich wurden Diskussionen laut, wonach der größte Teil der Bevölkerung in den Beschlüssen eine Niederlage der SED sieht. Besonders stark scheint der Beschluß über die Freilassung der bis zu 3 Jahren Zuchthaus Verurteilten diskutiert zu werden. Einzelne Bevölkerungskreise vertreten die Meinung, daß es die Regierung mit den Beschlüssen der Regierung nicht ernst meint, wodurch eine starke Beunruhigung zu verspüren ist.

Im Kreis Pasewalk kam oft zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen längst als notwendig bezeichnet wurden. Die Bevölkerung ist ferner der Meinung, daß die Funktionäre nicht auf die Stimmung der Bevölkerung gehört hätten. Oft ist festzustellen, daß gerade die, die den Aufbau des Sozialismus ablehnten, jetzt Oberwasser gewinnen. In Jatznick wurden verschiedene Hetzparolen an die Wand geschrieben, u. a.: „Hoch lebe die Republik, wo ist Wilhelm Pieck“; „Marmelade wird billiger, Brot wird teurer.“ Im gleichen Ort fordert man: „Gebt die Geschwister Kuhnert, Lehrer Blanck und das Ehepaar Brikmeier frei.“ An die Schule hatte man einen Galgen mit einer Figur gezeichnet, und darunter war der Name des bisherigen Schulleiters Ortman geschrieben. In Penkuhn ist in einer Mitgliederversammlung unserer Partei scharf zu einem Referat des stellv. Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Holland-Moritz, Stellung genommen worden. Die Wahl des neuen Ortsgruppenvorsitzenden konnte nicht erfolgen, zumal der größte Teil der Mitglieder die Ansicht vertrat, daß der alte wieder zurückkommen soll. Im Kreis Pasewalk ist es zu keinerlei Arbeitsniederlegungen gekommen. Hier wurde lediglich das Verhalten des Vorsitzenden des Rates des Kreises, Rosan, scharf angegriffen und festgestellt, daß, wenn hier nicht eine Änderung eintrete, er nach Ansicht der Bauern und auch seiner eigenen Parteigenossen zur Verantwortung gezogen werden muß. Einige Arbeiter, die unserer Partei angehören, äußerten, daß sie die Vorgänge im Bezirk Gera und die damit verbundenen Ausschreitungen verurteilten und darauf vertrauen, daß unsere Regierung keine Maßnahmen ergreift, die sich gegen die Werktätigen richten.

Der Kreisverband Neubrandenburg teilt mit, daß die Beschlüsse der Regierung vom 11. 6. 1953 ein großes Aufatmen und eine freudige Zustimmung erfahren haben, dies besonders in bäuerlichen Kreisen. Zum Teil steht man jedoch noch skeptisch den Beschlüssen gegenüber.

Unruhemeldungen über den 17. 6. haben allgemeine Besorgnis hervorgerufen. Jeder hatte den Wunsch, daß wir vor dem Ausbruch eines 3. Weltkrieges bewahrt bleiben mögen. Das Vorhandensein von Butter und Käse in der HO sowie das Vorhandensein von Gemüse wirkte sich beruhigend auf die Bevölkerung aus.

Aus dem Kreis Templin läßt sich besonders die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung vernehmen. Hierbei wird oft der Name des Stellvertreters des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, genannt. Die Arbeiter hatten am 17. 6. die Vorkommnisse in Berlin sehr stark diskutiert. Auch sind am gleichen Tage im Kreis Templin die Bauarbeiter einzelner Betriebe in den Streik getreten. Am 17. 6., 14.00 Uhr, wurde vom Kreiskommandanten der Ausnahmezustand für den Kreis Templin verhängt.

Aus dem Kreis Strasburg wird mitgeteilt, daß den Beschlüssen der Regierung betreffs der Rückkehr der DDR-Flüchtlinge kein Vertrauen geschenkt wird. Man begründet das damit, daß eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat und eingesteht, das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe. Unsere Mitglieder sind aufs Tiefste betrübt, daß unsere Partei diese Fehler mitgemacht hat und hiergegen nichts unternommen hat. Die Republikflucht hat nicht aufgehört. Als Gründe sind Schikanen der unteren Verwaltung angegeben worden. Man fordert auch hier immer wieder freie Wahlen.

Aus dem Kreisverband Röbel hört man, daß, nachdem der Ausnahmezustand über das Kreisgebiet verhängt worden ist, nach außen hin eine Ruhe zu verzeichnen ist, doch verspürt man deutlich eine Mißstimmung unter der Bevölkerung. Zu den Beschlüssen der Regierung nimmt die Bevölkerung eine ablehnende Haltung ein, da ein Teil der Beschlüsse nicht eingehalten wurde, z. B. Freilassung der Inhaftierten. Man fordert auch hier freie Wahlen für ganz Deutschland. Trotz des Ausnahmezustandes wurden in der Nacht vom 17. zum 18. Juni in der Gemeinde Zetkow Losungen mit den Forderungen: „Wir fordern freie Wahlen über ganz Deutschland, fort mit Ulbricht und Grotewohl“ angeschrieben. Die Diskussionen der Bevölkerung ergeben oft die Forderung, daß die Funktionäre der SED aus der Regierung zurücktreten sollen. Man erwartet, daß unsere Partei nun die Initiative ergreifen sollte, um die Ordnung wiederherzustellen.

Der Kreisverband Teterow teilt mit, daß bei den Demonstrationen keine Angehörigen der einzelnen Parteien teilgenommen haben. In einer Kreisblocksitzung wurden die Vorfälle analysiert und dabei festgestellt, daß auch hier die Ereignisse auf westliche Provokateure zurückzuführen waren. Am 19. 6. wurden weitere Verhaftungen von Personen vorgenommen, die man anscheinend als Rädelsführer und Provokateure in Verdacht hat; darunter befinden sich etliche Bauern.

Nach den aus dem Bezirk Potsdam vorliegenden Berichten wurden die Maßnahmen der Regierung dort im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen. Die Bewilligung der Lebensmittelkarten an alle und die Wiederzulassung Angehöriger der Jungen Gemeinden an den Schulen wurde als Wiedergutmachung zugefügter Härten empfunden. Am 17. 6. kam es dann in den Kreisen Nauen, Belzig, Rathenow, Brandenburg-Stadt, Potsdam-Stadt und Potsdam-Land zu Streiks bzw. Demonstrationen.

Im Kreis Nauen kam es lediglich in Friesack und Tremmen zu Unruhen, in die – soweit bisher bekannt – Mitglieder unserer Partei nicht verwickelt waren.

Im Kreis Belzig gingen die Unruhen von Niemegek aus. Unionsfreund Voss, der an diesem Tage gerade im Bezirk zu Überprüfungen unterwegs war, konnte vom Kreissekretariat in Belzig aus beobachten, wie sich am Eingang der Stadt der Zug sammelte und mit Musik und unter Mitführung von Transparenten zum Marktplatz zog. In Sprechchören wurden die Regierungsmitglieder und die SED geschmäht. In der Spitzengruppe wurde ein Bild mitge-

führt, auf dem Walter Ulbricht am Galgen hängend dargestellt war. Unsere Unionsfreunde wurden immer wieder aufgefordert, sich einzureihen, und gefragt, ob sie dazu zu feige wären; sie leisteten diesen Aufforderungen nicht Folge.

In Rathenow kam es in den Rathenower Optischen Werken im Verlaufe von Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und der Belegschaft zu Unstimmigkeiten. Die Belegschaft ging daraufhin protestierend auf die Straße und zog von Betrieb zu Betrieb, um überall die Arbeiter aufzuwiegeln, die friedliche Arbeit niederzulegen und sich der Demonstration anzuschließen. Beim Marsch durch die Straßen wurden Sprechchöre laut: „Weg mit dem Spitzbart, weg mit der Regierung, gebt die politischen Gefangenen frei, wir wollen freie Wahlen, wir wollen ein einiges Deutschland, wir fordern Auflösung der Kasernierten Volkspolizei.“ Vor dem HO-Kaufhaus in der Stalin-Allee kam es zu einer Kundgebung. Nach deren Auflösung mußten bei den gewalttätigen Ausschreitungen 2 Menschen ihr Leben lassen. Die öffentliche Ruhe wurde durch die Besatzungsmacht wieder hergestellt.

Im Kunstseidenwerk „Friedrich Engels“ in Premnitz wurde die Arbeit erst am 19. 6. wieder aufgenommen, nachdem das Werk von der Kasernierten Volkspolizei und der Besatzungsmacht besetzt wurde. Der Kreisverband erachtet es als ratsam, im Interesse der öffentlichen Sicherheit den Ausnahmezustand noch nicht aufzugeben, da eine gewisse Verbitterung innerhalb der Bevölkerung nach wie vor besteht. Er empfiehlt, besonderen Wert darauf zu legen, daß die Durchführungsbestimmungen zu den Ministerratsbeschlüssen schnellstens bekannt werden.

In Brandenburg-Stadt wollten die Bauarbeiter der Bau-Union im Stahl- und Walzwerk Brandenburg ihrer Forderung nach gesunden Arbeitsnormen bei gleichbleibendem Lohn durch die Demonstration am Morgen des 17. 6. Nachdruck verleihen. In der Hauptstraße schlossen sich ihnen die Mitarbeiter der Thälmann-Werft an. Die Belegschaften anderer Betriebe wurden aufgefordert, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Im Laufe der Demonstration kam es zu verschiedenen schweren Übergriffen und Ausschreitungen.

Die Kreisleitung der SED wurde ausgeplündert, alle Schriftstücke, Broschüren und Bilder unserer Staatsmänner auf die Straße bzw. in den am SED-Parteihaus vorbeifließenden Kanal geworfen. Ein Teil der Demonstranten forderte vor dem Gericht die Freilassung der Gefangenen. Dabei wurden Angehörige der Volkspolizei niedergeknüpelt. Im Jugendklubhaus „Philipp Müller“, im Haus der Freundschaft, in den Kreissekretariaten der NDP, FDJ und des FDGB wurden ebenfalls Zerstörungen angerichtet. Diese Übergriffe wurden von Rufen nach freien Wahlen, nach dem Rücktritt der Regierung begleitet. Die Kreisgeschäftsstelle der CDU wurde nicht angegriffen; lediglich das große Transparent mit der Aufschrift: „Christen, helft beim Aufbau des Sozialismus“, wurde von den Demonstranten vernichtet. Feststellungen ergaben, daß die Demonstranten von einigen „Kugelkreuzlern“ mitgerissen wurden, die auch die Plünderungen bei den Parteien und Massenorganisationen durchführten. In den frühen Nachmittagsstunden sonderte sich die Bevölkerung von diesen Banden ab, so daß es nur noch zu einzelnen Ausschreitungen kam. Am nächsten Morgen nahm der größte Teil der Werktätigen die Arbeit wieder auf. Die Kumpels stellten fest, daß diese Ausschreitungen und Zerstörungen nicht im Sinne der Werktätigen lagen, sondern das Werk einzelner Agenten und Saboteure waren, die unbesonnene Jugendliche dazu verführten.

Aus der Stadt Potsdam liegen Meldungen über Demonstrationen selbst nicht vor. In einem Bericht vom 20. 6. heißt es, „daß an den vereinzelt Stellen nach Verhängung des Ausnahmezustandes es noch zu kleineren Unruhen kam, wobei es sich aber lediglich um unüberlegte Ausschreitungen Halbwüchsiger handelte“.

In Bornim haben sich die Streikenden energisch dagegen verwahrt, daß ihr Streikentschluß auf den Einfluß westlicher Provokateure oder Agenten zurückzuführen sei.

Die Haltung der Bevölkerung wird als ruhig und besonnen bezeichnet. Zur Verschleppung unseres 1. Vorsitzenden brachten verschiedene Mitglieder ihre tiefe Empörung über die provokatorische Haltung Westberliner Aufrührer zum Ausdruck. In einer Unterredung mit Herrn Superintendenten Stolte erklärte dieser, daß man in Potsdam seitens der Kirche noch verschiedene Auswirkungen der Vereinbarung zwischen den Vertretern des Ministerrats und der evangelischen Kirchenleitung erwartet. Das bezieht sich besonders auf die Inhaftierung des Sachbearbeiters für Kirchenfragen, Grünbaum, und des Pfarrers Brandt, Potsdam.

In Pritzwalk herrscht zwar völlige Ruhe; aber nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde die Bevölkerung nervös und holte Gelder von den Kassen, um größere Einkäufe zu tätigen (Möbel, Teppiche usw.). Große Teile der Bevölkerung vertreten die Meinung, daß die Unruhen in Berlin und einzelnen Städten der DDR nicht von Provokateuren des Westens angezettelt wurden. In Mitgliederkreisen verurteilt man die Verschleppung unseres Vorsitzenden durch die Westberliner Banditen auf das Schärfste. Mit Genugtuung wurde seine Freilassung aufgenommen.

Aus dem Bezirk Frankfurt/Oder berichtet der Kreisverband Angermünde, daß mit der Veröffentlichung des Kommuniqués allgemein festgestellt werden konnte, daß die Beschlüsse des Ministerrats eingehend in allen Kreisen der Bevölkerung heftig diskutiert wurden. Man begrüßte die Beschlüsse und erwartete eine recht baldige Realisierung derselben. Besondere Zustimmung fand die Vereinbarung zwischen der Regierung und den Vertretern der Kirche. Stark kritisiert wurden einzelne Vorfälle, wonach z. B. in den Orten Golm und Greifenberg bei der Durchführung von Bauernversammlungen, in welchen insbesondere der Brandschutz behandelt werden sollte, den Bauern beim Betreten der Versammlungsräume die Personalausweise abgenommen und am Schluß der Versammlung wieder zurückgegeben wurden. Hiermit wollten die Verantwortlichen vom Brandschutz die Bauern zwingen, bis zum Ende der Versammlung dazubleiben. Stark diskutiert wurde auch die Verhaftung des 1. Sekretärs der Bezirksleitung, Grüneberg. Im Zusammenhang mit den Ausschreitungen am 17. d. M. forderte auch in Angermünde die Bevölkerung freie deutsche Wahlen. Man vertritt auch hier die Meinung, daß die Regierung zurücktreten müßte. Bezüglich des Einsatzes von sowjetischen Truppen wurde die Frage gestellt, ob unsere Volkspolizei und Kasernierte Volkspolizei nicht stark genug wäre, um den Provokateuren entgegenzutreten.

Im Kreisverband Bernau liegen seitens der Mitglieder zu den Beschlüssen der Regierung nur wenige Äußerungen vor. Seitens der Bevölkerung werden jedoch alle Maßnahmen begrüßt, die eine Lockerung der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nach sich ziehen. Insbesondere wurde das Interzonenpaßverfahren für Reisen nach Westdeutschland mit Freude aufgenommen. Das gleiche trifft auch für die Ausgabe von Lebensmittelkarten an alle Bürger der DDR zu. Besonders begrüßt man auch die Aussprache zwischen Staat und Kirche. Im allgemeinen wird festgestellt, daß die Stimmung in der Bevölkerung freudiger als bisher ist.

Aus dem Kreis Beeskow wird mitgeteilt, daß bis zum 16.6. keine negativen Diskussionen festzustellen waren. Begrüßt wurde die Anordnung, wonach die SVK für Lungenkranke die Behandlungsdauer vorerst auf 52 Wochen festgelegt hat. Bemängelnd stellen die Berichtstatter fest, daß einzelne SED-Funktionäre entgegen der Feststellung des Politbüros die Ursache für die Beschlüsse nur darin sehen, daß eine breitere Basis für die

Verständigung zu schaffen ist. Die Beschlüsse der Regierung bezüglich der Rückgabe enteigneten Eigentums an rückkehrende Republikflüchtlinge haben es bisher bewirkt, daß in Beeskow bis heute bereits 2 Rückkehrer, Mühlenbesitzer Wildau und Fuhrunternehmer Schulze, zu verzeichnen sind. Am 18.6. teilte der Kreisverband mit, daß im Kreisgebiet, soweit festzustellen war, die Arbeiter der Schuhfabrik Storkow und die Arbeiter der Bauunion an der Spreebrücke gestreikt haben. Irgendwelche Ausschreitungen sind nicht bekannt.

Im Kreis Eberswalde konnte allgemein festgestellt werden, daß eine gewisse Entspannung unter der Bevölkerung zu verzeichnen ist. Man begegnet jedoch den Verordnungen und Beschlüssen des Ministerrats noch mit einigem Mißtrauen. Besonders groß ist die Freude über die Regelung zwischen Staat und Kirche. In Diskussionen mußte u. a. festgestellt werden, daß der Kollege Braun, Vorsitzender des Ortsausschusses der Nationalen Front in Finow, es nicht richtig findet, daß den Großbauern, welche nach Westberlin gingen, ihr Land wiedergegeben und Kredite gewährt werden. Glaubt man denn, so sagte B., daß diese in den 3 bis 4 Monaten, die sie in Westberlin oder Westdeutschland waren, sich grundlegend geändert haben, so daß man ihnen die Höfe wieder anvertrauen kann? Im Volksbildungsamt beim Rat des Kreises Eberswalde begrüßte man, daß die Schüler und Lehrer ihres Glaubens wegen nicht benachteiligt werden dürfen.

Im Kreis Freienwalde wird in der Bevölkerung das Kommuniqué des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik eifrig diskutiert. Die Diskussionen sind sehr unterschiedlich. So begrüßte eine Rentnerin die Aufbesserung der Renten. Andere wiederum verlangen ein vorheriges besseres Überlegen durch die Regierung. Ein Arbeiter aus dem Schamottewerk in Bad Freienwalde stellte fest, daß die Löhne der Arbeiter geringer und die Gehälter der Funktionäre höher werden. Andererseits aber stellte er fest, daß die Fehler aber nicht entstanden wären, hätte man in den Versammlungen die Diskussionen nicht unterbunden. Ein Handwerker begrüßte die Beschlüsse des Ministerrats und verband damit die Hoffnung, daß er sein Geschäft, das er zumachen wollte, jetzt behalten könnte. Am 17.6., 17.15 Uhr, trat in Bad Freienwalde ein Arbeiter aus Oderberg auf, der gegen die Regierung hetzte und zum Widerstand aufforderte. Er konnte entkommen.

Aus Fürstenwalde wird berichtet, daß am 17.6. über 1000 Menschen in Fürstenwalde demonstrierten. In den meisten Betrieben ruhte die Arbeit. Die Demonstranten forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung und freie, geheime Wahlen. Es kam zu kleinen Schlägereien. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand verhängt. Am 18.6. fuhr ein Teil der Werktätigen zur Arbeitsstelle. In den Textilwerken Mechanik-Gaselan und Deka-Reifenwerken ist die Arbeit nicht aufgenommen worden. Es wurden starke Hamstereinkäufe getätigt. Unser Unionsfreund Radon hatte sich bei dieser Feststellung sofort eingesetzt und mit der Bevölkerung diskutiert. Er erreichte, daß man von dem plötzlichen Massenkauf abging, und [er] belehrte ferner auch das Verkaufspersonal einiger Konsumverkaufsstellen. In der Ortsgruppe Erkner ist am 17.6. durch die streikenden Bauarbeiter die Demonstration hervorgehoben worden. Man stellte die gleichen Forderungen wie in Berlin. Auch in diesem Ort wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Mitglieder der Ortsgruppe wirkten aufklärend auf die Bevölkerung, insbesondere gegenüber den unsinnigen Angsteinkäufen. Der Unionsfreund Dr. Krummacher setzte die Partei am 18.6. über die Lage in der Teerchemie in Kenntnis und brachte zum Ausdruck, daß im Werk nicht gestreikt wurde, obwohl die streikenden Bauarbeiter Veranlassung dazu gaben. Am 18.6. wurde in Fürstenwalde gegen 11.30 Uhr im Werk Mechanik-Gaselan und im Deka-Reifenwerk zum Teil freiwillig und zum Teil auf Aufforderung die Arbeit wieder aufgenommen. Des weiteren berichtet der

Kreisverband über einige negative Diskussionen, wobei insbesondere darauf hingewiesen wird, daß die Ausschreitungen in dem Maße nicht erfolgt wären, wenn Otto Grotewohl und Walter Ulbricht am Dienstag mit den Streikenden gesprochen hätten¹⁶. Man stellt ferner fest, wenn auch am Morgen eine scheinbare Ruhe unter der Bevölkerung eingetreten ist, sie jedoch nicht der Wirklichkeit entspricht. Die Bevölkerung geht angeblich von den Forderungen, die die Arbeiter gestellt haben, nicht ab und erwartet eine klare Stellungnahme unserer Regierung hierzu. Man berichtet aber auch über Diskussionen, wonach die Arbeiter die Ausschreitungen stark verurteilten und die Meinung äußern, daß so etwas nicht mehr mit Streik zu bezeichnen wäre.

Der Kreisverband Seelow teilt mit, daß die Beschlüsse der Regierung eine große Hoffnung vor allem bei der Bevölkerung der Privatwirtschaft als auch bei den Bauern ausgelöst hat. Streik, Demonstrationen usw. kamen nicht zum Ausbruch. Der Ausnahmezustand wurde jedoch am 19. 6. über die Stadt und den Kreis verhängt.

Im Kreisverband Strausberg konnte am 16. 6. noch keine wesentliche Stellungnahme zu den Beschlüssen der Regierung festgestellt werden. Lediglich ein Lebensmittelhändler, dem die Lebensmittelkarte entzogen worden war, brachte zum Ausdruck, daß es doch sehr schlecht gestanden haben muß, wenn die Regierung sich entschließt, die Maßnahmen der letzten Monate zurückzuziehen. Am 17. 6., 11.00 Uhr, war die Bahnverbindung mit Berlin unterbrochen, in Strausberg selbst war alles ruhig. Die Arbeiter der Ziegelwerke Herzfelde/Hennickendorf sind zum Teil per Rad nach Berlin gefahren. Ein durchgeführter Instrukteurabend brachte keine Stellungnahme zu den Geschehnissen. Der Kreisvorsitzende wurde von einem unbekanntem Mann, einem Musiker, angesprochen, welcher u. a. feststellte: „Wir werden Neuwahlen bekommen, und dabei würden sich 2 Parteien herauskristallisieren, und zwar die SPD und die CDU, und dann – so führte er aus – haben wir das, was wir brauchen.“ In Strausberg ist ebenfalls der Ausnahmezustand verkündet worden. Der an einem Tag festgestellte verstärkte Andrang in den Lebensmittelgeschäften konnte am nächsten Tag bereits eingedämmt werden. Die Lebensmittelgeschäfte, besonders die Bäcker, haben genügend Ware zur Versorgung der Bevölkerung erhalten. Vorhandene Transparente in der Stadt sind nicht beschädigt worden, lediglich am Bahnhof und in der Vorstadt wurden am Abend Transparente und Spruchbänder heruntergerissen. Die Täter sind unerkannt entkommen. In Herzfelde hat ein PKW der SED-Kreisleitung einen Einschuß abbekommen. Ein Polizist ist verwundet worden. Zu der Tatsache, daß der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Unionsfreund Otto Nuschke, in Westberlin festgehalten wurde, erhob sich die Frage, wie es möglich sein konnte, daß sich unser Vorsitzender in die Gefahrenzone begab.

Der Bezirksverband berichtet im einzelnen noch, daß z. B. der Leiter der BHG Chorin, Schubert (SED), nach der ersten Kenntnisnahme der Beschlüsse der Regierung die Theorie über Strategie und Taktik entwickelte und dabei äußerte: „Wie kann die Partei sich bloß so blamieren und von den Beschlüssen der 2. Parteikonferenz abrücken.“ Aus den Gesprächen in Gaststätten von Freienwalde konnte man eine ausgesprochen unfreundliche Einstellung der Bevölkerung feststellen. Man erwartete einen Rücktritt der Regierung. In einer Kreisblocksitzung im Kreise Bernau war der 1. Sekretär der SED nicht anwesend. Als 2. Tagesordnungspunkt wurde von den Parteien und Organisationen zu den Beschlüssen der Regie-

¹⁶ Am 16. 6. 1953 waren einige Tausend Demonstranten in Ostberlin zum Haus der Ministerien gezogen, wo sie die Forderung nach einer Aussprache mit Ulbricht und Grotewohl erhoben, die dieser allerdings nicht nachkamen.

rung Stellung genommen. In diesem Zusammenhang stellte ein Mitglied des Kreissekretariats der SED fest, daß auch die anderen Parteien und Organisationen eine gewisse Schuld an den Fehlern der Vergangenheit tragen; denn sie haben, so sagte er weiter, in den maßgeblichen Sitzungen immer nur sang- und klanglos zugestimmt, ohne kritisch dazu Stellung zu nehmen. Man stellt noch weitere negative Diskussionspunkte fest, u. a. in Bernau, wonach das Mitglied unserer Partei, Hecht, ehemaliger Bürgermeister in Rüdritz, sinngemäß erklärt haben soll, daß er, obwohl er sein Amt als Bürgermeister niedergelegt hätte, jetzt wieder bereit wäre, es anzunehmen. Er stellte jedoch die Bedingung, daß eine Veränderung der Mandatsverhältnisse gegenüber den Wahlen von 1950 erfolgen müßte. Er wurde über die Unmöglichkeit seiner Forderung belehrt. Die Vertreter des Bezirksverbandes Frankfurt bemerken, daß diese Forderung des Bürgermeisters Hecht mehr oder weniger in fast allen Gesprächen zum Ausdruck kommt. Man erwartet ferner eine Amnestie, die auch die politischen Gefangenen aus den Jahren 1945, 1946 und 1947 umfaßt, und spricht nicht zuletzt von allgemeinen, freien und geheimen Wahlen.

Im Bezirk Cottbus haben in der Stadthalle in Calau, in der sich die Karl-Marx-Ausstellung befindet, unbekannte Täter die Transparente und Fahnenmasten beschädigt. Im Verlaufe des 18. 6. legten die Arbeiter in verschiedenen Betrieben die Arbeit nieder. Durch den Einsatz von Aufklärern wurde erreicht, daß die Nachtschicht der Lowa-Vetschau ihre Arbeit nach 2 Stunden wieder aufnahm. Die nächste Tagesschicht hat aber weiter gestreikt. Bei einer Massendemonstration in Lübbenau, an der sich über 1000 Arbeiter und Angestellte beteiligten, wurden in einer Resolution folgende Forderungen gestellt: Wegfall der Zonengrenzen, Rücktritt der Regierung, demokratische Wahlen, Angleichung der HO-Preise an die Löhne der Arbeiter, Freilassung der politisch Inhaftierten und Presse- und Redefreiheit. Der Ausnahmezustand wurde verhängt. Die Stellungnahme der Regierung zu den von ihr begangenen Fehlern wird von der Bevölkerung nicht verstanden. Es wird die Ansicht vertreten, daß diejenigen, die Fehler machen, auch zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Auch im Kreis Guben ist die Bevölkerung der Meinung, daß die Mitglieder der Regierung, die für diese Fehler verantwortlich sind, unbedingt die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Auch hier ist das Verlangen nach freien Wahlen stärker denn je. Ebenfalls wird eine erhebliche Senkung der HO-Preise gefordert. Die Maßnahmen hinsichtlich des Ausgehverbotes (am 17. 6.) sind mit Unwillen aufgenommen worden.

Die Demonstrationen am 17. 6. in Jessen führten Transparente mit folgenden Forderungen mit: „Freie und geheime Wahlen für alle Deutschen“, „Wir wollen Frieden“, „Absetzung der Kreisverwaltung.“ Durch die Freilassung von ca. 20 Inhaftierten unter Mitteilung, daß weitere aus Liebenwerda und Cottbus eintreffen würden, zerstreute sich die Menge. Nachdem der Ausnahmezustand verhängt worden ist, wurde die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Besondere Schwierigkeiten bereiteten die streikenden Arbeiter im Keulahüttenwerk, Krs. Weisswasser, die trotz aller Vorstellungen der Werksleitung und der Funktionäre der Kreisleitung der SED die Arbeit nicht wieder aufnehmen wollten. Besonderen Unwillen erregte die Tatsache, daß der 2. Sekretär der Kreisleitung der SED die sowjetische Kommandantur zur Hilfe rief und anschließend der Aufforderung der Arbeiter, zu dieser seiner Maßnahme Stellung zu nehmen, durch Nichterscheinen auswich. Erst durch das Auffahren von Panzern und Instellungbringen von Maschinengewehren und die Inhaftierung einzelner Arbeiter wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Im gesamten übrigen Kreisgebiet herrscht Ruhe und Ordnung.

Im Kreis Spremberg hingegen erblickt man in den neuen Maßnahmen der Regierung eine entschiedene Wandlung der bisherigen Politik und einen bedeutsamen Schritt zur Verwirklichung der Einheit Deutschlands.

Im Bezirk Magdeburg ist die Reaktion auf die Beschlüsse der Regierung ebenfalls sehr unterschiedlich. Bei einem Teil der Bevölkerung herrschte große Freude; besonders bäuerliche Kreise verfielen – wie es in dem Bericht des KV Burg heißt – in einen Siegesrausch. Ein anderer Teil der Bevölkerung jedoch war sehr skeptisch und verhält sich auch heute noch sehr abwartend. Das geht soweit, daß im Kreis Burg noch am 16. 6. Fälle von Republikflucht zu verzeichnen waren.

Im Kreis Osterburg fand die Freude über die neuen Bestimmungen in verschiedenen Gemeinden ihren Niederschlag in „Alkoholfeiern“. Trotzdem erwartet die Bevölkerung, daß in den Staatsorganen ein gewisser Personalwechsel eintritt. Es würde nicht verstanden, wenn Staatsfunktionäre, die in der Vergangenheit besonders krass aufgetreten sind, weiter auf ihren Posten bleiben. Diese Unzufriedenheit führte dazu, daß einem Funktionär in der Gastwirtschaft ein Bierglas hinterhergeworfen und in seine Wohnung ein Stein durch die Fensterscheibe eingeworfen wurde.

In Klötze kritisieren die Mitglieder unserer Partei die Haltung des Politischen Ausschusses und können sich aufkommender Zweifel nicht erwehren, daß unsere Partei vielleicht nicht den richtigen Mut aufgebracht hat, um die gemachten Fehler rechtzeitig festzustellen. In bezug auf die Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften tauchten unter der Bevölkerung Bedenken auf, daß diese nur zum Aushorchen und Bespitzeln der Familien eingerichtet werden sollen.

Im Kreis Oschersleben entstand lediglich am Abend des 17. 6. eine gewisse Unruhe. Es gab nur einen kleinen Zusammenstoß zwischen einem Häuflein Arbeiter und 2 Sowjetsoldaten. Die Angelegenheit wurde aber schnell geklärt. Der größte Teil der Bevölkerung ist dagegen, daß solche Unruhe geschaffen wurde, „obwohl“ – wie es in dem Bericht des Kreisverbandes heißt – „mit den Dingen, wie sie im Moment liegen, wir nicht einverstanden sind“. Unseren Mitgliedern kam die Situation voll zum Bewußtsein, als die Nachricht von der Festnahme Otto Nuschkes durch die Westberliner Polizei gegeben wurde. Die Empörung nahm kein Ende, und alle verlangten die sofortige Freilassung unseres 1. Vorsitzenden. Am Abend verhöhnten einige Jugendliche Einheiten der Sowjetarmee mit Spottzurufen.

Ernsteren Charakter hatten die Ausschreitungen in Magdeburg selbst. Der Kreisverband berichtet, daß die Stimmung der Demonstranten zuerst eher fröhlich als revolutionär gewesen wäre. Es wurden aber dann doch alle Plakate und Transparente von den Häusern gewaltsam entfernt mit Ausnahme solcher, die die Einheit Deutschlands forderten. Die Menge wandte sich besonders gegen die Geschäftslokale der SED, der Nationalen Front, FDJ und des FDGB. Überall wurden Akten und Bücher auf die Straße geworfen und öffentlich verbrannt. Die Anzeigenannahme der „Volkstimme“ wurde vollständig demoliert. In die Geschäftsräume unserer Kreisgeschäftsstelle drangen ebenfalls ca. 20 Personen ein und entfernten die Bilder von Wilhelm Pieck und nach einigem Zögern und Hin- und Herreden auch die von Otto Nuschke, außerdem auch die Embleme der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft. Die neu angebrachten Straßenschilder der Karl-Marx-Straße, des Bierut-Platzes und der Straße der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft wurden entfernt und die ursprünglichen Namen mit Kreide wieder angeschrieben.

In der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt gelang es, das Tor mit einer Axt gewaltsam zu öffnen und die Gefangenen zu befreien. Ähnliche Vorfälle sollen sich auch im Polizeipräsidium und im Gerichtsgebäude abgespielt haben. Die Polizei war nicht sichtbar;

einzelne Polizisten sollen ihre Uniformröcke ausgezogen haben und in der Masse mitmarschiert sein. Der ankommende Interzonenzug wurde von der demonstrierenden Menge freudig begrüßt, und vor dem Zug wurden Bilder und Transparente öffentlich verbrannt. Die Zahl der Demonstranten wird auf 40000 bis 60000 geschätzt. Einige Betriebe, insbesondere im Industriegelände Magdeburg-Rothensee, haben an diesen Demonstrationen nicht teilgenommen, sondern weitergearbeitet. Der Kreisvorstand ist entschlossen, beruhigend in der Bevölkerung zu wirken, bittet aber um die Erlaubnis, bei der Gründung der Haus- und Hofgemeinschaften vorsichtig vorgehen zu dürfen, da diese bisher als Gemeinschaften aufgefaßt wurden, in denen niemand offen seine Meinung sagen dürfte.

Im Kreis Wanzleben kam es ebenfalls an einigen Orten des Kreises zu Arbeitsniederlegungen bzw. Protestdemonstrationen, die aber in völliger Ruhe und Besonnenheit verliefen. In der Herstellung der öffentlichen Ordnung durch die Besatzungsmacht sieht ein Teil der Bevölkerung eine Schwäche der Regierung. Die Bevölkerung ist außerdem der Meinung, daß die Volkskammer hätte zusammentreten müssen und die Regierung müßte dieser die Vertrauensfrage vorlegen. Das Vertrauen zur Parteileitung der CDU, das vom Kreisverband im 1. Bericht in Abrede gestellt wurde, ist – so heißt es im 2. Bericht – durch die tapfere Haltung unseres Parteivorsitzenden während seiner Verschleppung nach Westberlin wieder gestärkt worden. Es besteht jetzt völlige Übereinstimmung darüber, daß die Streikdemonstrationen, sofern sie sich gegen die gesetzlich festgelegte 10%ige Normerhöhung richteten, berechtigt waren, jedoch die Übergriffe, die teilweise vorgekommen sind, selbst von den Teilnehmern an diesen Demonstrationen auf das Schärfste verurteilt werden.

Im Kreis Halberstadt ist es zu Demonstrationen gekommen. Nur in einigen Betrieben wurde gestreikt. Die Arbeiter haben inzwischen zum großen Teil die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Stimmung der Bevölkerung im Bezirk Halle ist nach der Veröffentlichung der neuen Beschlüsse ebenfalls sehr unterschiedlich. In der Gesamtheit werden die Maßnahmen der Regierung begrüßt, weil durch sie vor allem ein gewisser Druck genommen worden ist. Die vielen kirchlich eingestellten Menschen empfinden besonders die getroffenen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche als eine große Genugtuung. Besonders gespannt ist die Bevölkerung auf die angekündigten Lockerungen im Interzonenverkehr. Ein gewisser Teil verhält sich noch sehr zurückhaltend. Er vermeint, es handelt sich nur um eine Taktik, mit der man das Volk beruhigen will. Andere wiederum glauben, es sei jetzt die Zeit gekommen, wo man auf die Regierung schimpfen und die Zurückziehung der Schuldigen verlangen könne. Mit Empörung wird von den christlichen Menschen über die Artikelfolge des Bezirksvorsitzenden Broßmann über die Junge Gemeinde in der „Neuen Zeit“ gesprochen¹⁷. Seine darin vertretenen Tendenzen werden heute als partei- und kirchenschädigend bezeichnet.

Die Ortsgruppe Hardersleben im Kreis Aschersleben berichtet, daß ihre erste Mitgliederversammlung nach der Verkündung der neuen Maßnahmen von 80 Freunden besucht war, obwohl die Ortsgruppe selbst nur 40 Mitglieder zählt. Die Teilnehmer übten ebenfalls

¹⁷ Gemeint möglicherweise die Artikel von Broßmann im „Neuen Weg“ am 9.5. 1953 und in der „Neuen Zeit“ vom 13.5. 1953, in denen er sich sehr kritisch mit der Tätigkeit der Kirchenleitung, bestimmter Geistlicher und der Jungen Gemeinde auseinandergesetzt hatte. In dem Artikel in der „Neuen Zeit“ wurde u.a. festgestellt: „Ich habe den Eindruck, als ob die jungen Christen [in der Jungen Gemeinde] von verantwortungslosen Elementen mißbraucht werden, um sie gegen den Staat, dessen Organe und Anordnungen aufzuhetzen.“ Hieraus folgerte Broßmann, daß die CDU „eine klare und eindeutige Absage an die Tätigkeit der Jungen Gemeinde“ aussprechen müsse.

schärfste Kritik an den Artikeln des Unionsfreundes Broßmann. Die Ortsgruppen Maisdorf und Giersleben, ebenfalls Kreis Aschersleben, verpflichteten sich im Hinblick auf die neuen Maßnahmen der Regierung zu besonders starkem Einsatz bei der Gründung der Haus- und Hofgemeinschaften. Daß die Maßnahmen der Regierung nicht überall Verständnis fanden, zeigt das Gespräch mit einem BHG-Leiter. Dieser äußerte sinngemäß, er sei nicht dafür, daß den faulen Bauern, die zurückkommen oder aus der Haft entlassen werden, der Hof zurückgegeben wird.

Im Kreis Gräfenhainichen ist die Bevölkerung verbittert, weil Mitglieder der SED erklärten: „Heute 3 Schritte zurück und morgen bzw. in den nächsten Wochen geht es 10 Schritte vorwärts.“ Und wie die Bevölkerung nach dem Bericht des Kreisverbandes fordert, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, so fordert der gesamte Kreisvorstand von Gräfenhainichen eine Reorganisation des gesamten Parteiapparates [der CDU] von unten her. Er fordert deshalb die Einberufung einer Bezirkstagung, an der alle Kreisvorstände teilnehmen müßten und deren Termin für die allernächste Zeit anzusetzen wäre.

Auch im Kreis Köthen wird in vielen Teilen der Bevölkerung die Ansicht vertreten, daß man erst dann den Maßnahmen vertrauen könne, wenn einige Mitglieder der Regierung, vor allen Dingen Walter Ulbricht, abgelöst würden. Der Kreisvorstand stellt fest, daß man jetzt ruhig und besonnen bleiben muß und nicht ins Extreme gehen darf. Die Handwerker, Gewerbetreibenden und Bauern unserer Partei freuen sich auf die zugesagten Lockerungen.

Ähnlich ist die Situation auch in den Kreisen Naumburg und Quedlinburg. Der Kreisverband Quedlinburg stellt fest, daß die Auflösung der Betriebsgruppen der CDU¹⁸ unbedingt einer erneuten Überprüfung bedarf.

Über die Ausschreitungen in der Stadt Halle wird nur berichtet, daß sie einige Todesopfer gefordert hat. Im Laufe des 17. 6. sollen in der Chirurgie der Universitätsklinik 54 Verwundete, meist jüngere Menschen, vorwiegend mit Lungen-, Bauch- oder Kopfschuß eingeliefert worden sein. 5 davon sind inzwischen ihren Verwundungen erlegen. Einige Betriebe, darunter die Baustellen der Bau-Union, Leuna-Halde, Kraftwerk Rudolf Breitscheidt, Eisenbahnbau sowie Grave-Druck und Waggon-Fabrik Ammendorf hatten am 18. 6. die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Die Bevölkerung nahm zum großen Teil gegen die Volkspolizei Stellung, erkannte aber als lobenswert das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht an. Die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei haben sich zurückgehalten und sich nicht an den Demonstrationen beteiligt. Sie sind auch am 17. und 18. 6. ihrer Arbeit nachgegangen. Unionsfreund Schönemann hat es sogar verstanden, am Abend des 17. 6. zwei Hausgemeinschaftsleitungswahlen in der Mötzlicher Straße durchzuführen. Einige Mitglieder der SED wurden gesehen, die sich maßgebend an den Demonstrationen beteiligten.

Im Kreise Saalkreis fanden Demonstrationen in Hohenturm und Niernburg statt. In Hohenturm wurden inhaftierte Lehrer befreit und von den Schulkindern mit Blumen überschüttet. Das Kreissekretariat arbeitet nach wie vor für die Ziele der Parteileitung und der DDR. In den Ortsgruppenvorständen ist volles Verständnis für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Besonnenheit vorhanden.

Der Kreisverband Roßlau berichtet, daß wieder Ruhe eingetreten ist. Die Bevölkerung und auch unsere Mitglieder schimpfen auf die Demonstranten, und die von ihnen vorgenommenen Ausschreitungen werden verurteilt.

¹⁸ Die Liquidierung der Betriebsgruppen der CDU war Anfang 1953 von der SED gefordert und im Mai 1953 vom CDU-Vorstand akzeptiert worden. Vgl. Haupts, Blockparteien (Anm. 10), S. 408.

In Sangerhausen hatten ebenfalls verschiedene Betriebe die Arbeit niedergelegt.

Im Kreis Eisleben konnten in der Zwischenzeit einige von den aus den Gefängnissen Befreiten wieder verhaftet werden. Die Schächte hatten am 19.6. die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Am 18.6. wurden 80 Personen wegen Überschreitung der Sperrstunde nach 21 Uhr verhaftet und mit 10,- DM Strafe belegt. Die Verhafteten wurden um 3 Uhr früh wieder freigelassen.

Kreis Querfurt: Hier kam es nur in Langeneichstätt und Farnstätt zu kleineren Unruhen. Im Bericht des Kreisverbandes wird weiter auf die unsinnigen Gerüchte, die über den Verbleib des Staatspräsidenten im Umlauf sind, hingewiesen und empfohlen, in der Presse dazu Stellung zu nehmen. Außerdem bittet der Kreisverband die Parteileitung, noch einmal die Auflösung der Betriebsgruppen zu überprüfen.

Die Stellungnahmen aus dem Bezirksverband Erfurt sind im allgemeinen als positiv zu bezeichnen. Parteiose, CDU-Mitglieder und Mitglieder anderer Parteien nahmen insonderheit zu den Beschlüssen des Ministerrats sowie zu dem Kommuniqué des ZK der SED Stellung. Man spricht über die Rechtssicherheit und stellt ferner fest, daß die Steuerabsetzung doch beweise, daß auch ein anderer Weg eingeschlagen werden kann als der bisherige. Man begrüßt den Beschluß hinsichtlich der Kreditgewährung an die Bauern und verweist u.a. auch auf die außenpolitische Auswirkung der Beschlüsse. Kritisch wird festgestellt, daß der Staatspräsident einen Tag vor dem Weltfeiertag der Arbeiter in den Urlaub gefahren und nach 6 Wochen immer noch nichts über seinen Aufenthalt bekannt ist. Einzelne Diskussionen lassen erkennen, daß man noch abwartend den Beschlüssen gegenübersteht. Sehr stark wird auch die SED kritisiert, wobei man ihr Unfähigkeit nachsagt. Die Bevölkerung im gesamten Stadtgebiet Erfurt ist lebhaft an den Beschlüssen des Ministerrats interessiert und beschäftigt sich eingehend mit allen Fragen. Es zeigt sich auch eine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit, was sich besonders bei den Wahlen der Haus- und Hofgemeinschaften zeigt. In den Städten Erfurt, Sömmerda und Apolda kam es zu Demonstrationen, besonders am 17. d.M. Es wurde in der Zwischenzeit berichtet, daß jetzt in Erfurt Ruhe herrscht. Bei den Demonstrationen in Sömmerda kamen Bauern und Handwerker zusammen, ferner wurden Versammlungen in einzelnen Betrieben durchgeführt. Es wurden Entschließungen angenommen, die, wie Freund Schmidt mitteilt, im wesentlichen das verlangten, was die Regierung zu unternehmen beabsichtigt. Die Handwerkerzusammenkunft konnte zerschlagen werden. Über den gesamten Bezirk Erfurt wurde der Ausnahmezustand verhängt. Dieser wirkte sich jedoch in den einzelnen Kreisen verschieden aus. Im Kreisgebiet Apolda wurde bereits am vergangenen Sonntag durch den Pfarrer Mitzenheim (OdF), Bruder des Bischofs Mitzenheim, zu Versammlungen und Demonstrationen aufgerufen.

Aus dem Bezirk Gera sind ebenfalls einige positive Stellungnahmen zu den Beschlüssen der Regierung eingegangen. Darüber hinaus ist festzustellen, daß hier den Beschlüssen der Regierung nicht mit der gleichen Skepsis entgegengetreten wird, wie es teilweise in anderen Bezirken zu verzeichnen ist. So hat beispielsweise ein Landwirt aus Zabelsdorf, Krs. Zeulenroda, der drauf und dran war, die Republik zu verlassen, aufgrund der neuen Anordnungen unserer Regierung den Entschluß gefaßt, auf seinem Grund und Boden zu bleiben. Ebenfalls hat ein weiterer Landwirt aus Ebersgrün sich entschlossen, von der Republikflucht abzusehen. Im Gegensatz hierzu stehen die Äußerungen von einzelnen Unionsfreunden aus diesem Kreis, die von der Durchführung der neuen Anordnungen nicht überzeugt sind, besonders in bezug auf die Stellung zwischen Kirche und Staat. Sie hoffen, wie berichtet wird, daß der Generalsekretär zu seinem Zeitungs-

artikel¹⁹ Stellung nimmt und den Fehler, den er begangen hat, einsieht. Nach den hier vorliegenden sehr dürftigen Berichten ist es nur in Gera, Jena und Eisenberg zu Demonstrationen gekommen. In Gera kam es hierbei zu einigen Zwischenfällen, wobei Volkspolizei teilweise entwaffnet wurde. Auch der Oberbürgermeister wurde tötlich angegriffen. Die Kreisvorsitzenden unserer Partei, die gerade zu einer Besprechung zusammengekommen waren, unterbrachen die Sitzung und bildeten Agitationstruppen, denen es gelang, die Menge vor dem Rathaus zu zerstreuen und weitere Tötlichkeiten zu vermeiden. Gegen abend des 17.6. drangen in Gera auf Lastkraftwagen Kumpels von der Wismut-AG ein, und es kam zu Schlägereien mit der Volkspolizei, in deren Verlauf wieder mehrere Volkspolizisten entwaffnet wurden. Die Kumpels sollen dann zur Strafanstalt gefahren sein und dort versucht haben, mittels eines Hebekranes die inzwischen aufgefahrene Panzer umzukippen, was ihnen nicht gelang. 3 sowjetische Soldaten sollen im Verlauf der Tötlichkeiten verletzt worden sein. In Jena sollen ca. 40000 Menschen demonstriert haben und das Preisamt sowie sämtliche Sekretariate der Parteien und Massenorganisationen mit Ausnahme derer der CDU und der LPD beschädigt haben. In Eisenberg fand in den Fema-Werken eine Streikversammlung statt. Aus diesem Betrieb wurden 3 Personen in Haft gesetzt. Seitdem herrscht in der Stadt wieder Ruhe und Ordnung.

Der Bezirksverband Leipzig teilt mit, daß die Bevölkerung auf die Kommuniqués sehr verschieden reagiert. Ein großer Teil der Bevölkerung begrüßt die Vorschläge des ZK der SED und die Beschlüsse der Regierung, wobei man wesentliche Erleichterungen erwartet. Verschiedentlich wird gefragt, woher die SED jetzt zu diesen Erkenntnissen kommt. Der erste Eindruck nach den Meldungen war teilweise so überraschend, daß selbst Parteifunktionäre mit dem Vorgeschlagenen nichts anfangen konnten.

Im einzelnen wird dazu aus dem Kreis Wurzen mitgeteilt, daß man eifrig zu ergründen forscht, was das Politbüro der SED zu den Vorschlägen bewogen haben könnte. Einige glauben, es wäre nur eine Taktik, andere erwarten eine Kursänderung. Weitere wieder meinen, nun müsse Walter Ulbricht als der für alle Fehlschläge Verantwortliche die Konsequenzen ziehen.

Aus Grimma wird berichtet, daß ein Teil der Bevölkerung sich ablehnend gegenüber den Beschlüssen verhält und diese Maßnahmen als eine Kapitulation der SED ansehe. Man spricht davon, daß man zur Regierung kein Vertrauen mehr habe und daß sich eine solche Regierung bei derartigen Verfehlungen in anderen Ländern unmöglich gemacht hätte.

Im Kreis Torgau diskutiert die Bevölkerung wie lange nicht mehr über die politische Situation. Es treten hauptsächlich 2 Meinungen auf. Die erste fragt danach, weshalb die Regierung ihre eigene Auffassung und Richtung aufgibt, die zweite glaubt, daß die gesamte Lage dermaßen verfahren sei, daß man sich gezwungen sieht, Änderungen zu treffen. 2 Pfarrer begrüßen die Beschlüsse der Regierung und geben besonders der Freude Ausdruck, daß die Spannung zwischen Staat und Kirche gelöst ist.

In Leipzig sind viele²⁰ (Gerüchte im Umlauf über eine Verhaftung Walter Ulbrichts, die

¹⁹ Gemeint möglicherweise die in der „Neuen Zeit“ vom 12.4. 1953 abgedruckte Rede Göttings vor dem Hauptvorstand der CDU am 25.3. 1953. Hierin hat Götting u. a. geäußert: „Unsere Parteorganisation, insbesondere unsere jungen Mitglieder, sind verpflichtet, gegen den Mißbrauch der jungen Christen in den Jungen Gemeinden entschieden Stellung zu beziehen; es kann nicht geduldet werden, daß solche Jungen Gemeinden die Zentren staatsfeindlicher Tätigkeit werden.“

²⁰ An dieser Stelle bricht der Text des Dokumentes ab, weil die folgende Seite der Textvorlage fehlt. Der nunmehr in runden Klammern gesetzte folgende Text basiert auf dem Bericht des Bezirksver-

Wiedereinsetzung Franz Dahlems²¹ und den Tod Wilhelm Piecks. Daneben wird vielfältig der Freude Ausdruck gegeben über die Lösung des auf der Bevölkerung lastenden Drucks. Viele sehen die Maßnahmen als eine geeignete Grundlage für die schnelle Wiederherstellung der Einheit Deutschlands an. Sie geben ihrer Freude über die durch das ZK gezeigte Einsicht Ausdruck. Einige sagen allerdings, das ist alles nur Taktik und typisch für die kommunistische Haltung. Christliche Bevölkerungsteile in Leipzig freuen sich über die Entspannung der Lage zwischen Staat und Kirche. In den Landorten wird neben der Kirchenfrage auch die Frage der Rückkehr der Großbauern stark diskutiert. Große Freude herrscht in den Kreisen der kleinen Einzelhändler, und die Rentner begrüßen die Preisermäßigung. Kritik wird an den führenden Funktionären der CDU geübt, da sie die nunmehr rückgängig gemachten Maßnahmen nicht nur gebilligt hätten, sondern sie gegenüber den Mitgliedern und der Bevölkerung auch als richtig propagiert hätten.

Im Kreis Borna befürchten die Funktionäre der Partei eine sehr schlechte Resonanz im Hinblick auf den Aufbau des Sozialismus. In den Bevölkerungskreisen, sowohl bei den christlichen Menschen wie auch bei vielen anderen, wird die Meinung vertreten, daß die letzten Maßnahmen Beweis dafür sind, daß die führende Kraft der Arbeiterklasse versagt habe.

Aus dem Kreis Geithain wird berichtet, daß man teilweise die Anordnungen und Maßnahmen der staatlichen Organe in der letzten Zeit nicht mehr verstanden habe und es nun überrascht, daß man jetzt die Einsicht habe, so viele Fehler begangen zu haben, unter denen das ganze Volk gelitten habe. Es wird erwartet, daß die Verantwortlichen für diese Fehler zur Rechenschaft gezogen werden. Einige Mitglieder sagen: „Es ist so, als wäre eine große Wahlschlacht gewonnen. Die Niederlage dabei hat die SED erlitten.“ Mit Befriedigung wird auf die geänderte Haltung zur Jungen Gemeinde, die Maßnahmen betr. Groß- und Mittelbauern sowie die Preissenkungen reagiert.

Aus den Kreisen Schmölles und Altenberg werden positive Reaktionen auf die Beschlüsse der SED und der Regierung gemeldet, wobei sowohl bei Arbeitern wie bei Vertretern des Mittelstandes zum Ausdruck kommt, daß es ohne den Kurswechsel nicht mehr lange weitergegangen wäre.

Der Bericht des Kreisverbandes Döbeln ergibt, daß die Maßnahmen allgemeine freudige Überraschung auslösen und viel Resignation besonders in Handwerker- und Gewerbekreisen beseitigt habe.

[Der Bezirksverband Leipzig meldete am 17.6. 1953:] Große Demonstrationen der Bauarbeiter und [Arbeiter] anderer Betriebe [aus der Stadt Leipzig]²². Versuche von Gefangenbefreiung, die zu Auseinandersetzungen mit Waffen führten. Beseitigung der Sichtwerbung an Häusern und Straßen. Auch CDU-Sichtwerbung herabgerissen. FDJ-Bezirksleitung erbrochen und trotz Polizeiaufgebot Akten und Material zerstört. Forderungen:

bandes Leipzig vom 13.6. 1953 und Telegrammen des Bezirksverbandes vom 17. und 18.6. 1953, in: ACDP, VII-011-1300. Zusätze in eckigen Klammern vom Bearbeiter.

²¹ Franz Dahlem, Mitglied des Politbüros und des ZK der SED, wurde im Mai 1953 aller Funktionen enthoben und aus dem ZK und damit zugleich aus dem Politbüro ausgeschlossen. Ihm wurde vorgeworfen, „gegenüber den Versuchen imperialistischer Agenten, in die Partei einzudringen, völlige Blindheit“ bewiesen zu haben. 1956 wurde Dahlem rehabilitiert und 1957 wieder in das ZK der SED aufgenommen. Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktionen und Situation der SED, Köln 1957, S.129f.

²² Vgl. zum folgenden Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 im damaligen Bezirk Leipzig. Aus den Akten des PDS-Archivs Leipzig, in: Deutschland-Archiv 24 (1991), S.578 ff.

Beseitigung der Regierung, Beseitigung des HO-Wuchers und Forderung auf Lohnerhöhung. Ein Großbetrieb streikt.

[Am Tag darauf telegraphierte die Bezirksleitung:] Heute Lage in Leipzig allgemein beruhigt. Verkehr in den Straßen und Geschäften lebhafter wie sonst Betriebe arbeiten bis auf Baubetriebe und einige metallverarbeitende Betriebe durchweg. Eine Anzahl Provokateure sind verhaftet. Jugendliche Abenteurer treiben sich ohne zu arbeiten in den Straßen herum. In den frühen Morgenstunden gab es noch einzelne Versuche, in Großbetrieben die Arbeiter von der Arbeit fernzuhalten und Terrorakte zu begehen. Kombinate Böhlen und Espenhain wie auch andere Großbetriebe an der Peripherie der Stadt haben ohne Störung durchgearbeitet. Der Demokratische Block führte bereits eine erste Besprechung durch. In den Landkreisen und Ortsgruppen ist es allgemein ruhig, nur in Delitzsch ließen sich gestern heimkehrende Arbeiter aus Bitterfeld zu einer Demonstration hinreißen, an der aber nur etwa 100 Personen beteiligt waren. Das große Reichsbahnwerk Delitzsch blieb unbeteiligt. Von Kirchenleitungen sind Stellungnahmen zu den gestrigen Vorgängen noch nicht bekannt. Ruhe und Sicherheit durch Ausnahmezustand garantiert.)

Aus allen Berichten aus dem Bezirksverband Suhl geht hervor, daß die Nachricht über die neuen Maßnahmen der Regierung überall mit größter Zurückhaltung und großem Mißtrauen aufgenommen wurde. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Regierung, die so große Fehler gemacht hat, für die Zukunft überhaupt noch Vertrauen beanspruchen kann.

Die Rhönbevölkerung wird, wie es im Bericht des Kreisverbandes Salzungen heißt, erst dann vom ehrlichen Handeln unserer Regierung überzeugt sein, wenn sich die Schuldigen vor dem gesamten Volk verantworten.

Auch in Ilmenau will sich die Bevölkerung mit den Erklärungen der Regierung nicht zufrieden geben und erwartet, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Man wünscht allgemein, neue Männer in der Regierung zu sehen, die wirklich verantwortungsbewußt die Interessen des Volkes gegenüber der Besatzungsmacht vertreten und eine Verständigung mit Westdeutschland anstreben.

Eine besondere Forderung aller Grenzkreise ist die Abschaffung des Schutzstreifens und die Rückführung der Evakuierten in ihre Heimatdörfer.

Im Bericht des Kreisverbandes Meiningen heißt es weiter, daß alle Maßnahmen der Regierung nur Teilwerk bleiben, wenn sie nicht dem Wunsch der Bevölkerung nachkommt und die Abhaltung freier, geheimer und direkter Wahlen ermöglicht.

Der Parteileitung wird der Vorwurf gemacht, daß sie sich zu sehr ins Schlepptau der SED nehmen ließ. Nicht nur, daß die Partei alles mitgemacht hat; es hätte in der Parteileitung Über-eifrige gegeben, die noch weit über das Ziel hinausgeschossen sind. Nur der Haltung Otto Nuschkes wird im allgemeinen Verständnis entgegengebracht. Er wird als der ruhende Pol der Partei und als der Mann bezeichnet, zu dem man Vertrauen und Zutrauen haben kann.

Der Kreisverband Suhl stellt fest, daß nicht nur das Vertrauen zur Regierung, sondern auch zum höchsten Organ der DDR, zur Volkskammer, geschwunden ist. Die Volkskammer wird offen als „ein Klub lahmer Hampelmänner“ bezeichnet. Die Bevölkerung bedauert, daß nicht die Volkskammer, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, die Regierung auf ihre Fehler aufmerksam gemacht hat, sondern erst das ZK der SED.

Bezirk Dresden: In den 1. Berichten der Kreisverbände aus dem Bezirk Dresden wird von einem freudigen Aufatmen der Bevölkerung nach Bekanntwerden der neuen Maßnahmen gesprochen. Zugleich wird aber auch darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Bevölkerung den Beschlüssen noch mißtrauisch gegenübersteht.

Die vielen Diskussionen – so heißt es im Bericht des Kreisverbandes Niesky – zeigen kei-

neswegs eine freudige Meinung unserer Regierung gegenüber. Man bringt im Gegenteil offen zum Ausdruck, daß alle Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden müßten.

Dieselben Feststellungen trifft der Kreisverband Bischofswerda.

In Görlitz sollen die Meldungen mit Kopfschütteln und Lachen entgegengenommen worden sein. Es hat sich dabei aber überwiegend um schadenfrohes Lachen gehandelt.

Der Kreisverband Meißen stellt fest, daß bei den Funktionären der SED große Überraschung anzutreffen war. Diese Verlautbarungen und Beschlüsse der Regierung wurden nicht so begrüßt, wie es in der Vergangenheit stets der Fall war. Viele Funktionäre der SED konnten sich noch nicht mit den neuen Maßnahmen abfinden. Der 1. Vorsitzende des Rates des Kreises sowie Vertreter der Kreisleitung der SED in Meißen haben in einer Versammlung der LPG-Vorsitzenden geäußert: „Die Großbauern sollen nur zurückkommen, da werden sie schon sehen, was die zurückbekommen; vom Hof muß man sie jagen usw.“ Die Bevölkerung erwartet deshalb mit Spannung, ob und wie die gefaßten Beschlüsse verwirklicht werden. Gleichzeitig mit der Kritik an der Regierung wird auch Kritik an der Parteileitung der CDU geübt. Im Zusammenhang mit den Vorgängen um die Junge Gemeinde wird der Vorwurf erhoben, daß erst die SED als eine marxistisch-leninistische Partei feststellen mußte, daß man die jungen Christen nicht mit den Leuten verwechseln darf, die ihre Aufgaben aus dem Westen erhalten. Es wird festgestellt, daß das Vertrauen zur Parteileitung zumindest schwer erschüttert ist.

Zu Unruhen ist es im Bezirk Dresden in den Kreisen Dresden-Stadt, Görlitz-Stadt und Niesky gekommen. Sehr ernst war die Situation in Görlitz-Stadt und Niesky.

In Görlitz wurde von den Demonstranten das Rathaus gestürmt, und sie drangen in das Zimmer des Oberbürgermeisters ein und warfen die Bilder der Staatsmänner auf die Straße. Auch das Meldeamt für die Kasernierte Volkspolizei und das Klubhaus der LOWA wurden gestürmt. Das Rathaus und das Wehrmeldeamt wurden besetzt gehalten. In den Mittagsstunden nahmen die Ausschreitungen an Heftigkeit zu. Das Gebäude der Kreisleitung der SED Görlitz-Stadt und -Land wurde demoliert; Bilder und Transparente wurden zum Fenster hinausgeworfen und angezündet. Der 1. Kreissekretär der SED, Weichhold, wurde blutig geschlagen und in diesem Zustand am Arm durch die Straßen der Stadt geführt mit dem besonderen Hinweis: „Seht den Bluthund von Görlitz an.“ Die politischen Häftlinge aus dem Polizei- und Justizgefängnis wurden freigelassen und das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes gestürmt. Dabei sind Schüsse gefallen. In den Mittagsstunden bestieg ein Teil der Demonstranten LKW's des Konsums und fuhr in das Kreisgebiet Görlitz-Land ab. Gegen die „bürgerlichen Parteien“ ist nichts unternommen worden. Es erschien in Görlitz ein Arbeiter und forderte die CDU auf, sie solle sich an der Führung beteiligen, die Blockpolitik sei abgeschafft.

In Niesky begannen Arbeiter der LOWA um 11.00 Uhr mit dem Streik. Um 15.00 Uhr formierten sie sich zum Demonstrationszug durch die Stadt. Am Rathaus, am Gericht und im Stadtkern wurden die Transparente entfernt. Die Kreisleitung der SED wurde von innen und außen beschädigt. Der Bürgermeister und der SED-Kreissekretär wurden geprügelt. Vor der CDU-Kreisgeschäftsstelle blieb der Demonstrationszug stehen, wobei Hochrufe auf die Junge Gemeinde ausgebracht wurden. Um 18.50 Uhr trafen Polizeieinheiten aus Bautzen ein. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei die Bevölkerung die Polizeieinheiten überrannte und deren Gewehre in ihren Besitz brachte. Die Bevölkerung zerstörte die Waffen und versuchte, das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes, in das sich der größte Teil der Einheiten geflüchtet hatte, in Brand zu stecken. Die Insassen schossen aus den Kellern. Ein Bericht über Verluste liegt z. Zt. noch nicht vor.

In Dresden kam es ebenfalls zu beachtlichen Demonstrationen. Die rd. 10000 Demonstranten führten dabei Transparente mit der Überschrift „Wir fordern freie Wahlen“ mit. Im Sprechchor erklangen immer wieder die Sätze: „Wir fordern freie Wahlen und Rücktritt der Regierung! Die Freiheitsstunde hat geschlagen. Von Ulbricht, Pieck und Grotewohl haben wir die Schnauze restlos voll!“ Der Zug bewegte sich von Niedersedlitz zum Stadtkern. Auf dem Theaterplatz sollte eine Kundgebung durchgeführt werden. Zu dieser ist es aber direkt nicht mehr gekommen. Es versammelten sich aber etwa 1000 Personen und brachten am Reiterstandbild das Transparent „Wir fordern freie Wahlen“ an.

Der Kreisverband Kamenz berichtet dazu, daß überall für die Streiks und Demonstrationen vollstes Verständnis aufgebracht wurde und der Teil der Bevölkerung, der sich mit dieser Aktion solidarisch erklärte, schätzungsweise nicht klein sein dürfte. In diesem Zusammenhang wird auf die letzte Rede des stellv. Ministerpräsidenten Ulbricht am Donnerstag²³ im Friedrichstadt-Palast Bezug genommen, wo er zum Ausdruck brachte: „Jetzt kommt es darauf an, die Initiative und das Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen zu heben. Dieses ist nur möglich, wenn die Selbstkritik von unten entfaltet wird im Gegensatz zur bisherigen Kritik, die nur von obenher nach unten ausgeübt wurde.“ Diese Worte legt die Bevölkerung als neuesten Betrug vor, weil die Regierung mit Waffen und Bajonetten die wahre Meinung der Arbeiterschaft durch gewaltsames Verhindern der Demonstrationen unterdrückt hat.

Im Kreis Sebnitz heißt es darüber: „Nicht ein einziger Mensch draußen glaubt daran, daß diese Demonstrationen und Unruhen das Werk von ungefähr 20 jungen Menschen im Alter von ca. 20 Jahren sein soll, wie es der demokratische Rundfunk bekanntgegeben hat. Sie können sich einfach nicht vorstellen, daß diese paar Leute in der Lage gewesen sein sollen, zehntausende von Arbeitern auf die Beine zu bringen und zu diesen Übergriffen haben hinreißen können; noch dazu, wo es in vielen anderen Städten der DDR zu ähnlichen oder denselben Unruhen gekommen sein soll.“

Aus einem Fernschreiben des Bezirksverbandes vom 18. 6. geht jedoch hervor, daß innerhalb der CDU allgemein Zurückhaltung und Ablehnung der provokatorischen Handlungen zu verzeichnen sei. Lediglich in Görlitz sollen einige CDU-Mitglieder in die Demonstrationen verwickelt worden sein. Der Kreissekretär von Niesky, Gerber, ist verhaftet worden.

Die sehr zahlreich aus den Kreisen von Karl-Marx-Stadt eingegangenen umfangreichen Berichte sind alle sehr allgemein gehalten und geben Meinungsäußerungen einzelner nicht wieder. In den ersten Tagen nach Bekanntwerden der neuen Beschlüsse des Ministerrates war die Auswirkung in der Bevölkerung fast überall ein spürbares Aufatmen und eine Welle der Freude. Es werden in absehbarer Zeit eine Wiedervereinigung Deutschlands und im Anschluß daran die langersehnten freien und geheimen Wahlen erwartet. Nach 2–3 Tagen jedoch setzte bereits eine gewisse Skepsis ein, und es wurden Fragen laut, wie beispielsweise die, wo nimmt die Regierung, die doch nun wirklich kein Geld mehr hatte, das viele Geld zur Deckung der Unterstützung von Rückkehrern her. Und weiter, warum baute die Regierung nicht von Anbeginn den Sozialismus auf diesen Grundlagen auf. Sie hätte heute 80–90% der Bevölkerung hinter sich, während es so kaum 50% sein dürften. Außerdem zweifelt man daran, daß in den untersten SED-Kreisen, die, wie behauptet

²³ Richtig: Am Dienstag, dem 16. 6. 1953. Auszug der Rede abgedruckt in: Stefan Heym, 5 Tage im Juni, München u. a. 1974, S. 253–256.

wird, ihre eigene Politik machen, eine konsequente Durchführung der Beschlüsse zu erwarten ist. Auch kommt viel die Meinung zum Ausdruck, daß die Beschlüsse zu diesem Umschwung nicht hier entstanden sind, sondern aufgrund von Anweisungen aus Moskau gefaßt wurden.

Viele Menschen meinen, so berichtet beispielsweise der Kreisverband Brand-Erbisdorf, daß diese Maßnahme nur ein vorübergehender Trick sei, und man fragt sich bereits bedenkend: „Wann kommt die nächste Verhaftungswelle, wann kommt der nächste Kirchenkampf, wann kommt die nächste Verbesserung mit negativem Vorzeichen?“ Insbesondere wundert man sich darüber, daß kein einziger bestraft wird. Und man kann es nicht verstehen, daß die verantwortlichen Personen dafür, daß tausende von Menschen in die Zuchthäuser mußten und viele in Notgeraten sich das Leben genommen haben, nicht zur Verantwortung gezogen werden. Unionsfreunde im Kreis Brand-Erbisdorf sind besonders darüber stark empört, daß in unserer Parteipresse in der letzten Zeit, wie sie sagen, derart gelogen worden ist, und fragen, ob es notwendig gewesen sei, daß „Götting seinen schäbigen Artikel gegen die ‚Junge Gemeinde‘ hat schreiben müssen“!

Auch im Kreisverband Zschopau werden Stimmen laut, daß die neuen Maßnahmen „Folgen einer Kopfwäsche seitens des Hohen Kommissars seien“. Auch hier gibt es nicht wenig Stimmen, die behaupten, es sei alles nur eine Finte, und, obwohl die ersten Verordnungen bereits erschienen sind, sich weiterhin skeptisch äußern und der Regierung nicht mehr das erforderliche Vertrauen entgegenbringen.

Im Kreisverband Freiberg äußerte sich ein parteiloser Leser unserer Presse: „Jetzt wäre es für die CDU an der Zeit, unter wahren wirklich christlich-sozialen Gesichtspunkten zu erwägen, welche Vorschläge zu unterbreiten sind, um die Regierung so zu gestalten, daß die Arbeiterklasse hundertprozentiges Vertrauen hat.“

Im Kreisverband Oelsnitz wird von den Funktionären der CDU die Erklärung Grotewohls über die stärkere Aktivierung der Blockarbeit besonders begrüßt, da diese in letzter Zeit einseitig aufgefaßt wurde, bzw. sogar keine Rede mehr davon sein konnte.

Im Kreisverband Rochlitz äußerten sich Mitglieder, daß, wenn das Kommuniqué vom 11.6. mit der Überschrift „Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung“ erscheint, es unverständlich sei, daß das Kommuniqué vom 11.4. mit der Überschrift „Ein weiterer Schritt zur Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen“ veröffentlicht wurde. Sie stellen die Frage: „Was ist Wahrheit, was ist Unwahrheit?“ Auch in diesem Kreis steht ein Teil der Bevölkerung auf dem Standpunkt, daß die Verantwortlichen für die jetzt so kritisierten Maßnahmen zur Rechenschaft gezogen werden müssen, besonders da solche Dinge in jedem anderen Staat einen Rücktritt der Regierung oder mindestens der Hauptverantwortlichen zur Folge haben würde.

Auch aus der Bevölkerung des Kreises Klingenthal wurden Stimmen laut, die meinten, daß eine Regierung, welche so einschneidende Maßnahmen trifft, indem sie Gesetze, welche knapp 6 Wochen bestehen, als eine Reihe von Fehlern bezeichnet, kein Recht mehr hat, als Regierung zu amtieren, und der Brauch der guten Sitten einen Rücktritt verlange.

Im Kreisverband Auerbach wurden besonders die Maßnahmen hinsichtlich der Freilassung von Untersuchungsgefangenen begrüßt, und es wird berichtet, daß die Freigelassenen in Falkenstein und Zwickau von der Bevölkerung mit Blumen empfangen worden sind. Doch nimmt man auch hier noch vielfach eine abwartende Stellung ein, vor allen Dingen in Bezug auf die praktische Verwirklichung der Beschlüsse, da immer noch „die Flucht vor den Übergriffen kleiner Funktionäre“ besteht.

Im Kreise Aue erkennt man mit Genugtuung an, daß die begangenen Fehler wieder gut-

gemacht werden sollen, und hofft, daß der Wiederaufbau in freierer Entfaltung uns nunmehr doch der Einheit und dem Frieden näher bringen wird; insbesondere, da jetzt die demokratischen Rechte aller Bevölkerungsteile in gleichem Maße gerechterweise unterschiedslos gewertet werden sollen. Man macht jedoch hier auch der CDU den Vorwurf, daß sie die offensichtlichen Fehler der Regierung unterstützt und nirgends Rückgrat gezeigt habe.

In Mitgliederkreisen im Kreisverband Glauchau ist man trotz der erfolgreichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Kirche und der Regierung sehr über die Haltung der Parteileitung und der Presse im Kampf gegen die „Junge Gemeinde“ enttäuscht. Man steht auf dem Standpunkt, daß unsere Partei als einzige christliche Partei trotz aller Übergriffe, die geschehen sein mögen, als Anwalt der christlichen Weltanschauung und nicht als Hauptkläger hätte auftreten müssen. In unserer Presse, so meint man, müßte vor allem in den Leitartikeln versucht werden, durch versöhnende und aufklärende Gedanken dem ganzen Kampf gegen die „Junge Gemeinde“ die Schärfe zu nehmen. Leider, sagt man, haben unsere Presse und auch unsere Parteivertreter in Leitartikeln, Ansprachen, Entschlüsseungen und Verlautbarungen die „Junge Gemeinde“ schärfer angegriffen, als es teilweise die marxistische Presse getan hat. Es wurde von den Mitgliedern allgemein der Wunsch geäußert, daß nunmehr unsere Parteileitung von dem bisher eingeschlagenen Weg abgehen möchte, da nur so das Vertrauen der Mitglieder und der Bevölkerung zur Christlich-Demokratischen Union wieder hergestellt werden könnte.

Aus dem Kreisverband Reichenbach werden Meinungen geäußert, die besagen, daß es irrig sei anzunehmen, daß die erlassenen Maßnahmen das Vertrauen zur Regierung festigen.

Der Kreisverband Freiberg stellte zusammenfassend fest, daß Positives und Negatives urplötzlich freimütig und ohne Aufforderung zum Ausdruck gebracht wird. Der Boden ist aufgelockert, die Bevölkerung durchaus bereit, alles zu vergessen, was auf ihr gelastet hat, und hat nur einen Wunsch, daß Wahrheit Wahrheit bleiben möge und der Begriff des Vertrauens dem Begriff der erhöhten Wachsamkeit übergeordnet wird.

Anläßlich der Ereignisse am 17. und 18. Juni ist in allen Kreisen des Bezirkes Karl-Marx-Stadt der Ausnahmezustand verhängt worden. Nach den eingegangenen Berichten ist es nur in Karl-Marx-Stadt zu geringfügigen Arbeitsniederlegungen gekommen. Mitglieder unserer Partei vertreten den Standpunkt, daß das Eingreifen der Besatzungsmacht die einzig richtige Maßnahme sei, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf stellt jedoch fest, daß die große Masse der Bevölkerung keinerlei Vertrauen mehr zur SED und zur Regierung habe, und untermauert diese Behauptung damit, daß viele Genossen der SED ihr Parteiabzeichen abgelegt haben. Hier wird besonders mit Empörung verurteilt, daß die Maßnahme zur Freilassung der Inhaftierten bisher in nur ganz wenigen Fällen zur Durchführung gelangte, und der Kreisvorsitzende macht darauf aufmerksam, daß es zu Ausschreitungen kommen könnte, wenn nicht schnellstens entsprechende Anordnungen an die Justizbehörden ergehen, damit diese, wie er sagt, den berechtigten Wünschen der Bevölkerung nachkommen.

Abschließend muß festgestellt werden, daß diese Zusammenfassung nicht als vollständiger Überblick bezeichnet werden kann, da viele Kreise bis heute keine Berichte eingesandt haben. Besonders aus dem Bezirk Leipzig fehlen sehr viele Berichte. Die Organisationsabteilung ist bemüht, laufend neue Situationsberichte hereinzubekommen und sie schnellstens auszuwerten.

Dokument Nr. 2²⁴

Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge, Wünsche und Anregungen der Bevölkerung aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände vom 20. 6. bis 15. 7. 1953.

Aus den Berichten geht hervor, daß nach der anfangs sehr aufgeschlossenen freien Meinungsäußerung aufgrund der erfolgten Verhaftungen²⁵ wieder eine große Zurückhaltung seitens der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Man nimmt allerdings eine abwartende und mißtrauische Haltung ein und beobachtet gespannt die Durchführung des proklamierten Neuen Kurses.

So berichtet der Kreisverband Quedlinburg:

Das anhaltende Mißtrauen der Bevölkerung wird besonders durch folgende Tatsachen genährt. Es wird in Zeitungsartikeln und in den Diskussionen darauf hingewiesen, daß man keine Stufe der Entwicklung überspringen kann, d. h. daß der private Sektor der Wirtschaft daraus die Schlußfolgerung zieht, daß zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Einengung des privaten Sektors erfolgt und am Ende dieser Entwicklung schließlich doch die Liquidierung der gesamten privaten Industrie, des Einzelhandels und des Handwerks steht. Soweit die Durchführung der Beschlüsse des Ministerrats vom 11. 6. 1953 auf der unteren Ebene vorgenommen wird, geschieht dies zwangsläufig durch denselben Personenkreis, der vorher für die Entfernung von Schülern und Lehrern, für Steuereinziehungen, Schließungen von Geschäften usw. verantwortlich gezeichnet hat. Es ist bei der Führung von Verhandlungen in dieser Hinsicht nicht zu übersehen, daß man in vielen Orten nur gezwungenermaßen in den sauren Apfel beißt, um Maßnahmen zurückzunehmen, die vorher selbst eingeleitet wurden. Man versucht zum Teil wieder Bedingungen und Forderungen zu stellen, die die Maßnahmen der Regierung vom 11. 6. verwässern. Es kommt zum Teil unverdeckt zum Ausdruck, daß die früheren Anordnungen im großen und ganzen richtig gewesen seien und man nur entsprechend den Anweisungen der Regierung nunmehr diese Maßnahmen und Anordnungen zurücknehmen muß. Dieses kommt speziell in den Arbeitsgebieten des Finanzamtes, der Volksbildung und der Gerichte zum Ausdruck, ohne die Katze aus dem Sack zu lassen.

Im Kreisverband Tangerhütte fragt man, wie es kommt, daß eine Regierung nach sechs Monaten schwerster Fehler, deren Auswirkungen tagtäglich beobachtet werden konnten, sich erst von einer Partei aufmerksam machen lassen mußte. Warum von einer Partei, wo sind die anderen Parteien? Dann waren also diese nur tatsächlich Ja-Sager. Warum bestimmt eine Partei den Neuen Kurs? Es herrschte und herrscht nur eine Partei und die übrigen existieren nur formell. Wer schützt uns vor Wiederholungen solcher Dinge?

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf teilt mit, daß seit dem 23. und 24. 6. zu beobachten ist, daß die Bevölkerung wieder schweigt. Durch die Einsätze der SED zur Aufklärung der Bevölkerung ist das Schweigen entstanden. Jeder hat Angst, durch einen evtl. falschen Zungenschlag als Provokateur bezeichnet zu werden. Wir verweisen hiermit ernstlich auf den Fehler, den man von seiten der SED begeht, indem man bereits schon wieder die Bevölkerung an einer offenen und ehrlichen Kritik hindert, sie mit Schlagwörtern wie „Provokateur,

²⁴ In: ACDP, VII-011-1281.

²⁵ Bis zum 22. 6. 1953 verhafteten die Staatsorgane der DDR 6057 Personen. Diedrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR (Anm. 9), S. 300.

Handlanger der Imperialisten“ zum Schweigen bringt und damit wieder Ventile zstopft, die eines Tages zur Explosion führen. Wir können nicht ernstlich genug auf diesen Fehler aus der Vergangenheit und erneuten Fehler aus der jetzigen Situation hinweisen. Die Bevölkerung fühlt sich erneut geistig unter Druck gesetzt, und das dürfte das Dümme in der jetzigen Situation sein, einen stummen aber ungeheuren Gegendruck in der Bevölkerung zu erzeugen.

Der Kreisverband Köpenick bringt zum Ausdruck, daß sich in der Bevölkerung durch die eingesetzte Verhaftungswelle eine große Bedrückung zeigt. Man befürchtet, daß hiermit wieder viele Unschuldige eingesperrt werden. Man meint, daß jetzt bei den Verhaftungen das notwendige Fingerspitzengefühl am Platze wäre. Es wären schon Bemerkungen laut geworden, daß man die Gefängnisse wieder auffüllen müsse, weil die anderen entlassen worden sind.

Der Kreisverband Neuhaus schreibt in einem Bericht, die letzten Tage ließen einen merklichen Rückgang in der bisher zuversichtlichen Stimmung der Bevölkerung erkennen. Der Ausnahmezustand, der nicht von allen Menschen bejaht wird, mit seinen Folgeerscheinungen wie Verhaftungen und Stockung der Interzonenpaßausstellung ist daran schuld. Hinzu kommen die Äußerungen in den Zeitungen, auch in unseren, die alle Schuld an den Ausschreitungen Provokateuren zuschieben. Vergessen wird ganz nach Meinung der Bevölkerung, daß der Boden für derartige Explosionen viel zu gut vorbereitet war. Überhaupt ist die Meinung wieder so, daß es besser ist, nichts zu sagen, als sich womöglich als Provokateur hinstellen zu lassen. Es ist daraus zu ersehen, daß unsere Staatsfunktionäre und vor allem die kleinen Funktionäre der SED immer noch nicht erkannt haben, daß heute eine grundlegend andere Behandlung der Menschen am Platze ist. Mit diesen Methoden beginnen sie schon wieder, sich und die Regierung zu belügen. Ganz eindeutig muß vor allem in unserer Presse auf diesen notwendigen Wandel hingewiesen werden. Leitartikel mit eigener Stellungnahme sind unbedingt notwendig in unserer Presse, vor allem weil unsere Mitglieder ebenfalls dem Neuen Kurs nicht trauen und auch unseren Spitzenfunktionären eine derartige Wandlung nicht zutrauen. Immer wieder hört man die Forderung, neue Männer müssen jetzt die Geschicke der Partei und des Staates in die Hand nehmen. Die Festlegung unserer Spitzenfunktionäre in den Fragen der Jungen Gemeinde und bei der Schaffung der Grundlage für den Sozialismus sind so komprimittierend, daß dieser Wunsch verständlich erscheint. Vertrauen zur Regierung besteht auf keinen Fall, auch wenn die Zeitungen vom Gegenteil voll sind. Man weiß, wie diese Sachen früher gemacht wurden, und weiß auch, wie sie heute noch gemacht werden. Alle Maßnahmen und alle Zeitungsveröffentlichungen sind darauf abzustimmen, daß das fehlende Vertrauen hergestellt wird.

Der Kreisverband Freital verzeichnet nur eine schwache Abstellung der Unzufriedenheit. Kein Mensch glaubt nach so vielen Fehlern, daß eine Abkehr von dem Kurs der Regierung Wirklichkeit sein soll. Der Zustand des Schweigens der Bevölkerung ist anscheinend wieder hergestellt. Man fürchtet weiter, offen Beschwerden und Wünsche auszusprechen. Ein großer Teil unserer Bevölkerung will eine unbedingte Ordnung im Funktionärswesen, besonders der SED. Die Bevölkerung liebt nicht 150%ige Personen. Gerüchte, weil keine offene Berichterstattung in den Zeitungen vorhanden, kreisen und verschlechtern die Stimmung. Wir baten und bitten eindringlich, eine Berichterstattung in der Presse offen zu geben. In den alten Fehler zurückfallen bedeutet, einen neuen 17. Juni heraufzubeschwören. Warum werden in den Betrieben nach diesen Vorkommnissen nicht sofort neue Gewerkschaftswahlen durchgeführt? Die Bevölkerung versteht nicht, daß in den Zeitungen geschrieben wird, daß der Grund der Demonstration[en] ausschließlich auf die Saboteure aus dem Westen ge-

schoben wird. Sie weiß, daß die großen Arbeitermassen nicht nur auf das Geschrei von Westberliner Agenten auf die Strafe gegangen wären. Weiter hält man durch oft sehr böse und unschöne Worte auf die Staatsmänner der westlichen Welt eine Lösung der Vereinigung unseres Vaterlandes für unmöglich. Die Aufgabe unserer Partei und der Staatsmacht darf es nicht sein, die Unruhen mit Justiz zu unterbinden, sondern Vernunft und Liebe muß die Politik leiten und besonders unsere Jugend, die ja maßgeblich an den Unruhen beteiligt war – nur darum, weil sie im Elternhaus das Kopfschütteln und den Zwang der letzten Zeit verspürten –, aufklären.

In einem großen Teil der Berichte kommt zum Ausdruck, daß die Bevölkerung zur Regierung und zu den Funktionären kein Vertrauen mehr hat und den Rücktritt bzw. die Umbildung der Regierung fordert. Besonders wird hierbei der Name des stellv. Ministerpräsidenten Walter Ulbricht erwähnt.

Es schreibt der Kreisverband Schwerin-Land: Es ist von unseren Unionsfreunden wie auch von der übrigen Bevölkerung mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, daß sie zu einer Anzahl von Funktionären kein Vertrauen mehr haben kann und es notwendig ist, diese auszuwechseln. Denn man kann von einem Menschen, der bisher von der Notwendigkeit der Beseitigung des Mittelstandes – besonders der Großbauern – überzeugt war und seine ganze Kraft dafür eingesetzt hat, nicht glauben, daß er heute anderen Sinnes geworden ist, daß die Bauern heute von solchen Menschen irgend eine Unterstützung erhalten können.

Der Kreisverband Luckenwalde berichtet dazu: Aus allen Gesprächen, die man ablauscht, geht klar hervor: Mit keinen Maßnahmen und Schuldbekennnissen der SED-Führer lassen sich die Forderungen des Volkes nach Rücktritt dieser Funktionäre, nach freien Wahlen, Wegfall der Zonen- und Sektorengrenzen und nach einem einigen Deutschland unterdrücken. Die Unzufriedenheit über die Mißwirtschaft durch unfähige, nur auf das eigene Wohl bedachte, mit hohen Gehältern ausgestattete Funktionäre haben eine so tiefe Kluft zwischen Volk und Regierung aufgerissen, ja sogar zwischen Volk und Behörden, daß unter der anscheinend beruhigten Oberfläche ein gefährlicher Zündstoff lagert.

Der Kreisverband Rathenow gibt folgenden Beitrag: Immer wieder wird gefordert, daß die Regierung abtreten soll. Ein Arbeiter, welcher die Rede Grotewohls gehört hat, erklärte, daß Grotewohl gesagt hätte, man hätte ein Jahr lang gegen die Einheit gearbeitet²⁶. Tatsächlich schreibt das „Neue Deutschland“ vom 25.6. einen entscheidenden Satz, der sehr zu denken gibt. Dort steht: „Wir haben Fehler gemacht, weil wir glaubten, schneller auf diesem Wege zu immer größeren Erfolgen zu kommen.“ Hier wird zugegeben, daß diese Fehler bewußt gemacht wurden. Die Bevölkerung stellt die Frage: Was geschieht einem Arbeiter oder einem Mitglied einer anderen Partei, wenn er bewußt sabotiert?

Der Kreisverband Brand-Erbisdorf schreibt, daß die Bevölkerung weiterhin in großer Mißstimmung ist und den Rücktritt der Regierung, zumindest jedoch den Rücktritt von Walter Ulbricht, dem die ganze Schuld zugesprochen wird, fordert. Aus allen Diskussionen der Bevölkerung ist zu entnehmen, daß kein Vertrauen zur SED und zur Regierung besteht. Über die Artikel in der Presse wird nur gelacht und gehöhnt.

Wie der Kreisverband Greiz mitteilt, wird folgendermaßen diskutiert: Wenn die Regie-

²⁶ In seiner Rede am Abend des 16.6. 1953 im Berliner Friedrichstadtpalast hatte Grotewohl geäußert, daß die Auswirkung der Politik der SED vom Sommer 1952 ab „zur Verbreiterung der Kluft zwischen den Menschen im Westen und im Osten Deutschlands“ geführt habe. Siehe Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953 (Anm. 2), S. 186.

rung immer wieder Fehler zugeht, so vermißt man die [zu] erwartende Konsequenz, daß diejenigen, die diese Fehler gemacht haben, auch entsprechend zur Rechenschaft gezogen werden. Alle Mitglieder verlangen ausnahmslos, daß nach Wiederherstellung der Ordnung die verantwortlichen Männer der Regierung und der Massenorganisationen, insbesondere die Verantwortlichen des FDGB, der vollkommen versagt hat, zur Verantwortung gezogen und zum Rücktritt veranlaßt werden.

Der Kreisverband Sebnitz schreibt: Die Bevölkerung macht im weiten Umfang den Vorschlag, daß sobald wie möglich in der DDR Neuwahlen für die Volkskammer stattfinden. Diese Wahlen sollen auf der Basis allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen durchgeführt werden, wobei die Parteien sich einzeln zur Wahl stellen. Je nach Stärke der neuen Abgeordneten soll eine neue Regierung gebildet werden. Diese Regierung wird dann das Vertrauen der Bevölkerung haben.

Der Kreisverband Zittau meldet: Es ist leider immer noch eine Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten der Regierung noch nicht das volle Vertrauen der Bevölkerung besitzen, und es kommt gerade in diesem Zusammenhang in den letzten Tagen sehr stark zum Ausdruck, daß die arbeitende Bevölkerung kein Verständnis dafür habe, wie man den stellv. Ministerpräsidenten Walter Ulbricht zum „Held der Arbeit“ ernennen konnte²⁷, wo er doch als führendes Mitglied der SED und als Mitglied der Regierung für die erkannten Fehler in erster Linie verantwortlich zu machen sei.

Der Kreisverband Freital schreibt: In der Presse wurde bekanntgegeben, daß der stellv. Ministerpräsident Walter Ulbricht „Held der Arbeit“ geworden ist. Wenn wir persönlich auch keinen Einblick in seine Arbeit haben, so sagt die Bevölkerung, daß es doch ein starkes Stück wäre, daß man den Generalsekretär einer Partei, die bis vor vier Wochen Maßnahmen getroffen hat, die, wie sie selbst zugeht, verkehrt, undemokratisch, ja sogar rechtswidrig waren, mit einer derartigen Auszeichnung bedenkt. Man sagt weiter, daß die letzten Wahlen keine Wahlen gewesen wären, weil man nicht Parteien wählen konnte, und stellt die Forderung weiter wie bisher nach freien Wahlen und einer anderen Regierung.

So wie in den angeführten Auszügen berichten die Bezirksverbände Potsdam, Frankfurt, Erfurt und Halle sowie die Kreisverbände Templin, Röbel, Pritzwalk, Zossen, Stendal, Bernburg, Quedlinburg, Berlin-Prenzlauerberg, Treptow, Friedrichshain, Greiz, Kamenz, Zeulenroda, Artern, Görlitz-Stadt und Land und Wittstock.

Im Zusammenhang mit dem 17. Juni wird von der Bevölkerung auch immer wieder die Frage nach dem Präsidenten Wilhelm Pieck gestellt. Der Kreisverband Jüterbog fragt: Was ist mit unserem Präsidenten Wilhelm Pieck? Warum war er nicht in den schwersten Stunden, die die Deutsche Demokratische Republik bis jetzt erlebt hat, bei seinem Volk? War es ihm nicht möglich, durch einen Aufruf in der Presse oder eine Ansprache im Rundfunk bei unserer Bevölkerung zu sein?

Der Kreisverband Schwerin-Land teilt dazu folgendes mit: Ein Gerücht ist sehr stark im Umlauf, wonach unser Staatspräsident beim Verlassen der DDR angeschossen wurde und verstorben ist. Obwohl dieses Gerücht bereits seit Wochen verbreitet wird, hat es einen neuen Auftrieb durch die Ansprache des Staatspräsidenten im Rundfunk und durch die Verbreitung in der Presse²⁸ erhalten.

²⁷ Diese Auszeichnung war Ulbricht anlässlich seines 60. Geburtstages am 30. 6. 1953 zuteil geworden.

²⁸ Pieck hatte sich aus Moskau mit einer von der „Täglichen Rundschau“ am 27. 6. 1953 verbreiteten Stellungnahme an die Bevölkerung der DDR gewandt.

Ähnliche Fragen werden in den Kreisverbänden Wittstock, Tangerhütte, Geithain und der Ortsgruppe Rüdersdorf gestellt.

Neben dem Rücktritt der Regierung werden in den Berichten immer wieder freie Wahlen gefordert. So schreibt der Kreisverband Meiningen: Die ganzen Verordnungen der Regierung bleiben nur Teilwerk, wenn die Regierung dem Wunsch der Bevölkerung nicht nachkommt, die Abhaltung von freien, geheimen und direkten Wahlen durchzuführen, um von dieser Basis aus eine Regierung zu bilden, die mit dem Westen sich an einen Tisch setzen kann, um die Einheit Deutschlands herbeizuführen.

Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten berichtet, daß sich einfache Arbeiter und sogar Mitglieder der SED äußerten, daß die SED in Wahlen beweisen soll, ob sie noch die Massen der Arbeiter hinter sich hat.

Der Kreisverband Tangerhütte schreibt: Die Bevölkerung verlangt immer lauter freie Wahlen in der DDR, mit deren Gewährung die Sowjetunion eine Friedenstat größter Ordnung vollbringen könnte. Man spricht es ganz offen aus: Die Parteien sind für das Volk da und nicht umgekehrt. Das Volk bestimmt, welche Partei sein Vertrauen besitzt.

Der Kreisverband Halle berichtet, daß die Maßnahmen der Regierung heftig kritisiert und als ungenügend bezeichnet werden. Unter anderem wird bemängelt, daß in den Verlautbarungen der Regierung jede Andeutung über die Ansetzung von Wahlen fehlt. Man ist der Meinung, daß entgegen den Berichten in der „Freiheit“ die Bevölkerung durchaus noch nicht zufrieden ist, wie es hingestellt wird. Daß es im Gegenteil an der Oberfläche schwele, so daß man das Volk erst dann zur Ruhe bringen kann, wenn man seinem Wunsche nach freien Wahlen nachkommen würde. Von dieser Forderung würden die Werktätigen insbesondere nicht abgehen. Unter einem gewissen Druck und Zwang heraus ist man ruhiger geworden.

Im Kreis Freital sagt man, daß die letzten Wahlen keine Wahlen gewesen wären, weil man nicht Parteien wählen konnte, und stellt die Forderung weiter wie bisher nach freien Wahlen und einer anderen Regierung.

Entsprechende Forderungen berichten die Bezirksverbände Potsdam, Frankfurt, Halle und die Kreisverbände Greifswald, Grimmen, Wolgast, Röbel, Templin, Luckenwalde, Seelow, Forst, Bernburg, Bitterfeld, Quedlinburg, Zeulenroda, Greiz, Sebnitz, Wittstock und Bischofswerda.

Der Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften steht die Bevölkerung teilweise sehr ablehnend gegenüber. Der Kreisverband Fürstenwalde bringt das wie folgt zum Ausdruck: Es ist zu verzeichnen, daß die Masse der Bevölkerung mit der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften nicht einverstanden ist mit der Begründung, daß dies einmal eine Belastung aufgrund der angespannten Lage darstellt, und zum anderen sagt sie sich, stellt die sofortige Einheit Deutschlands her mit vorangegangenen freien und geheimen Wahlen; dazu brauchen wir keine Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften.

Der Kreisverband Wittstock teilt mit, daß eine starke Aversion der Hausgemeinschaftsbildung in der Stadt zu finden ist. Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten schreibt, daß auch dort die Arbeit in der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften nur schleppend vor sich geht, da die Bevölkerung sich ablehnend verhält und zu Versammlungen nicht erscheint.

Bad Freienwalde teilt mit, daß es in einigen Gemeinden, [z.B.] Zäckerrickelow und Neu-Ribnitz, unmöglich ist, Haus- und Hofgemeinschaften zu gründen, weil sich die Bauern weigern, die Wahlen durchzuführen.

Aus dem Kreisverband Gadebusch berichtet der dortige Kreisvorsitzende folgendes: Am 29.6. 1953 war ich mit einem Funktionär des Rates der Stadt Gadebusch in der Gemeinde

Freiberg, um dort zum drittenmal die Hofgemeinschaften zu wählen. Obwohl durch den Bürgermeister und die Funktionäre alles gut vorbereitet war, ist nicht einer zur Versammlung erschienen. Wir haben noch versucht, die Menschen heranzuholen, und obwohl viele auf der Straße waren, konnten wir sie nicht zum Mitkommen bewegen. Einzelne sind sogar weggelaufen oder sagten, sie gehören zu einer anderen Hofgemeinschaft, wo sie aber auch nicht hingegangen sind. Wir hatten das Gefühl, als ob sie uns alle an der Nase herumführen wollten.

Aus dem Kreisverband Ludwigslust wird berichtet, daß der Unionsfreund Bürgermeister Sohrweide aus Niensdorf-Weselsdorf zur Zeit bei der Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften auf unerwartete Schwierigkeiten insofern stieß, als von 15 von ihm persönlich in dieser Angelegenheit eingeladenen Bewohnern der Gemeinde nur ein einziger zu der anberaumten Zusammenkunft erschienen sei. Die allgemeine Stimmung in der Gemeinde ist nach den neuen Beschlüssen der Regierung recht gut, trotzdem findet sich keiner, der den Vorsitz der Haus- und Hofgemeinschaften übernehmen will.

Der Kreisverband Löbau teilt mit, daß durch die Situation, die die Vorkommnisse des 17. Juni geschaffen haben, eine völlige politische Lähmung festzustellen sei. Bemühungen betreffs Haus- und Hofgemeinschaften stoßen auf völliges Unverständnis.

Der Kreisverband Görlitz-Stadt und Land teilt dazu folgenden Vorfall mit: Die Lage ist allgemein außerordentlich angespannt und ernst. Das kommt auch in einem Schreiben zum Ausdruck, das wir als Rundschreiben des Bezirksverbandes Dresden zur Bildung von Haus- und Hofgemeinschaften an sämtliche Ortsgruppen versandten. Die Ortsgruppe Schlauroth schickte es uns im Original zurück mit folgendem Zusatz: Zu was brauchen wir Haus- und Hofgemeinschaften? Die jüngsten Beschlüsse unserer Regierung befriedigen das Volk in keinem Falle. Nur freie Wahlen und die Veränderung einer neuen Regierung, aber vom Volk gewählt, befriedigen das Volk in der DDR. Oder haben sie noch nicht begriffen, was der Arbeiter und das Volk will? Laut Kreisverband Wittstock betrachten die Einwohner die Bildung der Haus- und Hofgemeinschaften als ein gut ausgeklügeltes Spitzelsystem.

Der Kreisverband Luckenwalde schreibt dazu folgendes: Die Einwohner sind nur spärlich in Versammlungen zu finden. Dies hat zur Folge, daß die Wahlen der Haus- und Hofgemeinschaften nur schleppend vor sich gehen. So sind bis zum heutigen Tage nur 7 bis 8 % der Hausgemeinschaften gewählt. Die Wahlen scheitern daran, daß die jeweiligen Hausbewohner nicht zur Versammlung erscheinen.

Von vielen Parteimitgliedern sowie auch von der Bevölkerung ist der Vorwurf zu hören, daß sich die CDU bisher lediglich im Schlepptau der SED befand.

So berichtet der Kreisverband Senftenberg: Die ganze scharfe Diskussion wird vor allen Dingen unter den Mitgliedern dahingehend geführt, daß unsere Parteileitung sich bisher und auch heute noch in vielen Dingen vom ZK bzw. von der SED bevormunden läßt. Auch heute noch wird zu wenig eigene Initiative ergriffen, die gerade in der augenblicklichen Situation unserer Partei sehr nützen würde. Durch den gleichen Lauf der Dinge wie vorher verlieren die Mitglieder in den meisten Ortsgruppen des Kreises das Vertrauen zur Partei, und die Meinung, daß wir uns im Schlepptau der SED befinden, wird immer stärker laut. Die letzten Entschlüsse zeugen ja auch davon, daß von unserer Parteileitung keinerlei Vorschläge für die Anwendung der bisherigen Regierungspolitik gekommen sind, sondern daß immer wieder das ZK der SED die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft und Intelligenz auf sich lenkt.

Auch im Kreis Haldensleben wird erwartet, daß die Partei in Zukunft nicht wieder zu allem Ja und Amen sagt, was die SED verlangt.

Der Kreisverband Bernburg schreibt: In der Vergangenheit habe sich gezeigt, daß die Parteien in einem erschreckenden Maße ihre Selbständigkeit verloren haben, daß sie nur noch als Anhängsel der SED angesehen werden könnten. Um diesen Zustand zu beseitigen, verlangen die Mitglieder Aufhebung bzw. grundlegende Änderung der Blockpolitik.

Man diskutiert die bisherige Politik der Parteileitung meistens im Zusammenhang mit den Fragen um die Junge Gemeinde und fordert teilweise auch die Zurückziehung von Funktionären, die hierbei besonders hervorgetreten sind.

So schreibt die Ortsgruppe Herdersleben in einer Entschließung folgendes: Mit großer Entrüstung lehnt die Versammlung eine Haltung ab, wie sie der Bezirksvorsitzende des Bezirkes Magdeburg, Broßmann, in den Tagen gezeigt hat, als die unqualifizierten Angriffe gegen die Neinstedter- und Buckauer-Anstalten erfolgten. Die Artikel Broßmanns im „Neuen Weg“ übertrafen die von anderer Seite gebrachten Angriffe besonders dadurch, daß sich Broßmann bei seinem Geschreibsel noch als positiver Christ gebärdete²⁹. Diese Artikel haben dem Ansehen der Partei wie den Mitgliedern in den Kreisen der christlich denkenden Bevölkerung außerordentlich großen Schaden zugefügt. Wir sind der Meinung, daß solche wankelmütigen Charaktere nicht geeignet sind, unsere Partei als Funktionäre zu vertreten, und fordern deshalb von der Parteileitung Abberufung Broßmanns von seinem Posten als Bezirksvorsitzender und Entbindung von allen anderen Funktionen in der Partei.

Der Kreisverband Aschersleben schreibt: Im Augenblick sprechen die christlichen Menschen mit Empörung über die Artikelfolge in der „Neuen Zeit“ des Bezirksvorsitzenden der CDU von Magdeburg, Unionsfreund Broßmann. Seine darin vertretenden Tendenzen werden heute als schädigend angesehen.

Der Kreisverband Quedlinburg schreibt: Unser Generalsekretär Götting besitzt in den Mitgliederkreisen zum Teil keine gute Resonanz. Kirchliche Stellen sind besonders über den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Magdeburg, Unionsfreund Broßmann, verärgert, dessen Zeitungsartikel ganz und gar nicht verstanden wurden.

Der Kreisverband Greiz führt aus: Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß sich in unserem Kreisvorstand Meinungen dahin geäußert und auch Forderungen gestellt worden sind, unserem Generalsekretär das Mißtrauen auszusprechen, weil gerade vom christlich-demokratischen Standpunkt aus gefordert werden müßte, daß Gerald Götting, ehe er sich zu derartigen Angriffen entschloß³⁰, gründlichst hätte prüfen müssen, ob nicht diese Angelegenheit, die gerade in unseren kirchlichen Kreisen so viel Staub aufgewirbelt hat, sich hätte in einer anderen, unserem christlichen Standpunkt rechnungstragenden Weise bereinigen lassen.

Der Kreisverband Meiningen schreibt: In mehreren Pfarrergesprächen, die nach dem 17. 6. 1953 geführt wurden, kam ganz eindeutig zum Ausdruck, daß von der Person Otto Nuschkes mit Hochachtung gesprochen wurde und seine Verdienste anerkannt werden. Hingegen kam allgemein zum Ausdruck, daß die CDU anscheinend gewillt ist, an ihrer Spitze weiterhin den Generalsekretär Götting zu lassen, der nach Ansicht aller Geistlichen sich in bezug auf seine Auslassung über die Junge Gemeinde doch vollkommen unmöglich gemacht hat. Im Zusammenhang damit wird in Mitgliederkreisen die nicht unberechtigte Forderung erhoben, und zwar von sehr vielen Stellen, daß eine gründliche Umorganisation des Politischen Ausschusses unserer Partei erfolgen muß. Im Zusammenhang damit fällt immer wieder der Name des Generalsekretärs.

²⁹ Siehe Anm. 17.

³⁰ Siehe Anm. 19.

Allgemein wird die bisherige Blockpolitik und die Vorrangstellung der SED kritisiert. Dazu schreibt der Kreisverband Loburg: Mit Befremden wird darüber diskutiert, daß alle Maßnahmen nur auf Vorschlag des ZK beschlossen werden, alle übrigen Parteien jedoch keinerlei Einfluß haben. Zu den wirtschaftlichen erwartet die Mehrzahl der Einwohner auch politische Maßnahmen. Außerdem erwartet man, daß in Zukunft alle Blockparteien Vorschläge aus den Reihen ihrer Mitglieder zur Neugestaltung unserer Wirtschaft und der Einheit unseres Vaterlandes beachten und demgemäß Anträge an die Regierung stellen. Die Bevölkerung des Kreisverbandes Halle bemängelt, daß in der Regierung Leute aus allen Parteien sitzen, daß anscheinend aber nur das ZK der SED Vorschläge machen darf, die dann ohne jede Änderung und einstimmig angenommen werden. Es wird nicht verstanden, daß andere Parteien nichts zu sagen haben. Außerdem wird behauptet, daß die Funktionäre der SED bereits wieder dabei sind, die übrigen Blockparteien vollkommen beiseite zu schieben, und als ideologischen Faktor nicht anerkennen. Man hat den Eindruck, als wenn alle Parteien nur Hilfsvölker der SED wären. Laut Informationsbericht zur Lage im Bezirk Leipzig stellen die Mitglieder zu den neuen Vorschlägen des ZK der SED vom 22. 6. 1953³¹ die Frage, wie das ZK Maßnahmen so weitgehender Art beschließen könne. Wo bleibt die Regierung, und warum wird das nicht in gemeinsamer Arbeit der Parteien getan? Der Kreisverband Neuhaus äußert sich dazu folgendermaßen: Die Gesetze der DDR sind von der Volkskammer zu erlassen. Schluß gemacht werden muß mit der Methode des Forderns, wie es bisher laufend geschah. Die Bevölkerung ist davon überzeugt, daß manche Fehler nicht gemacht worden wären, wenn die Volkskammer das wirkliche gesetzgebende Organ gewesen wäre. Keine Gesetze durch Verordnungen ersetzen! Alles, was unser Leben in irgend einer Weise nach dieser oder jener Seite hin beeinflussen kann, muß durch die wahren Gesetzgeber gehen: Die Volkskammer. Dies wäre dann auch eine Garantie dafür, daß Fehler in der bisherigen Art und Weise nicht mehr vorkommen. Damit würden selbst Bekenntnisse über begangene Fehler wohl überflüssig werden und eine Garantie gegeben sein, daß eine abermalige Schwenkung um 180°, wie die Bevölkerung sie sonst wieder befürchtet, unmöglich wird.

Ebenfalls ist man nicht mit der Bevorzugung der SED in Presse und Rundfunk einverstanden. So berichtet der Kreisverband Hildburghausen: Die Bevölkerung wünscht eine Gleichstellung aller Parteien und ist mit einer bevorzugten Behandlung der SED keinesfalls einverstanden. Ganz besonders wird dies bezüglich der Rundfunksendungen erwartet. Die Sprecher und die Kommentatoren sollten hierbei die Blockpolitik beachten.

[Die] Kreisverbände Treptow und Friedrichshain meinen, daß die Aufrufe des Politischen Ausschusses unserer Partei dem größten Teil der Bevölkerung unbekannt sind, da sie nur in der Parteipresse erscheinen. Es müßte angestrebt werden, daß in Zukunft diese Aufrufe ungekürzt wie die Aufrufe des ZK der SED in der gesamten demokratischen Presse erscheinen. Gekürzte Wiedergabe im Nachrichtendienst des demokratischen Rundfunks würde zur Popularisierung dieses Ausschusses beitragen, dessen politische Bedeutung für die Bevölkerung bisher nicht erkennbar war.

Der Kreisverband Hildburghausen teilt mit, daß die Bevölkerung kritisiert, daß im Rundfunk noch keine Umstellung in der gesamten Programmgestaltung erfolgt ist. Man erwartet, daß außer den Bezirken der SED auch die anderen Parteien zu ihrem Recht kommen. Be-

³¹ Die Vorschläge des ZK der SED vom 21. 6. 1953 abgedruckt in: Spittmann/Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953, S. 188–192.

sondere Kritik wird geübt, daß die Politik wie früher gemacht wird. Die SED beschließt, die Regierung sagt nur Ja. Es wird die Frage aufgeworfen, ob die Volkskammer aufgelöst sei. Ist die Volkskammer trotz der Unruhen noch im Dornröschenschlaf? Auch über die Art der Berichte in Presse und Rundfunk wird Klage erhoben. Der Kreis Freital stellt fest, daß Rundfunk und Presse von den neuen Ereignissen nicht recht unterrichtet zu sein scheinen. Es gibt Sendungen, die auf unsere Bevölkerung, die immer noch in einem gereizten Zustand ist, wie ein Peitschenknall auf einen Haufen Sklaven wirkt. Der Artikel von Kuba (Ich schäme mich)³², in der Bevölkerung der Schweinefleischartikel genannt, ist unmöglich. Es ist der Bevölkerung und auch dem Kreissekretariat unverständlich, daß diese Dummheiten noch nicht beseitigt sind.

[Der] Kreisverband Quedlinburg berichtet: Die Bevölkerung nimmt besonders daran Anstoß, daß bereits jetzt wieder in den Zeitungen in den Stellungnahmen zu den Ereignissen der letzten Wochen übertrieben wird und Selbstverpflichtungen bekannt gegeben werden, die nur auf freiwilliger Basis basieren sollen und die von den Belegschaften in einer gesamten Einstimmigkeit angenommen wurden. Man erklärt weiter, daß sich der Ton der Zeitungen trotz Einsicht der Fehler der Vergangenheit nicht geändert hat und daß die Schönfärberei in den Zeitungsberichten bereits wieder auf vollen Touren läuft. Der Zeitungsverkauf hat dadurch nach unserer Übersicht auch nicht zugenommen, wie es bei diesen besonderen Ereignissen verständlich gewesen wäre, sondern eher abgenommen. In Halle wird bemängelt, daß die Zeitungen nicht die geringste Rücksicht auf die wirkliche Stimmung im Volk nehmen, kritiklos dagegen alles bringen und verherrlichen, was von der SED als Parole herausgebracht wird, auch wenn es dem normalen Empfinden zuwiderläuft.

Besonders zahlreich sind die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung in bezug auf die Belieferung mit Lebensmitteln, Kleidung und sonstigen Bedarfsartikeln und über die hohen Lebenshaltungskosten.

Der Kreisverband Fürstenwalde berichtet, daß in der Bevölkerung sehr beanstandet wird, daß es in den Betrieben Margarine und Zucker gibt, während im freien Verkauf die Belieferung noch sehr mangelhaft ist. Es ist sogar schon vorgekommen, daß Betriebsangehörige Zucker in größeren Mengen zum Verkauf anbieten. Es wird ferner beanstandet, daß wohl das Material für die Herstellung von Schuhen ein gutes, aber die Verarbeitung eine sehr schlechte ist, so daß die Bevölkerung zum Ausdruck bringt, daß der Arbeiter nicht so viel verdient, daß er sich in jeder Woche ein Paar neue Schuhe kaufen kann. Der Kreisverband Gransee führt darüber Klage, daß im Kreis kein Fett für die Bevölkerung vorhanden ist. Aus Bad Freienwalde wird berichtet, daß die Handelsorganisation Import-Blumenkohl zum Verkauf angeboten hat, der bereits halb verfault war. Auch Weißkohl und Kohlrabi wurden im halb verdorbenen Zustand wiederholt angeboten. Ebenso wurden Fleischwaren verkauft, die nicht mehr einwandfrei waren, so daß eine Anzahl von Personen nach Genuß über Magen- und Darmbeschwerden zu klagen hatten. Am 13.7. 1953 wurden zum ersten Male Tomaten verkauft, nach denen große Nachfrage herrschte. Plötzlich wurde der Verkauf abgebrochen mit der Begründung, daß die restlichen Tomaten von der Besatzungsmacht beschlagnahmt seien. Der Kreisverband Ribnitz-Damgarten teilt mit, daß es dort

³² Der Artikel „Wie ich mich schäme“ von Nationalpreisträger Kurt Barthel (Kuba), Sekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, war am 20.6. 1953 im „Neuen Deutschland“ erschienen, abgedruckt in: Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Denkschrift über den Juni-Aufstand in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1953, S.70f.

kaum Marmelade gibt. Aus dem Kreis Gadebusch wird gemeldet, daß die Bevölkerung der Gemeinde Venskow im Kreis Schwerin schimpft, daß an die Mitglieder der LPG durch den Konsum je 375 Gramm Margarine ausgegeben wurde, während für die ganze Bevölkerung insgesamt 2 kg ausgeteilt wurde.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Pokrent sprach die Erwartung aus, daß die Zuckerration für die Selbstverbraucher erhöht wird. Aus dem Kreis Perleberg wird berichtet, daß nach wie vor ein großer Engpaß in der Versorgung mit Rohbraunkohle, Arbeitskleidung und Kinderschuh der Größen 23 bis 35 herrscht. Die ausschließliche Versorgung der Schwerindustrie wird von der Bevölkerung stark kritisiert. Die Bevölkerung ist auch sehr ungehalten, daß nach wie vor Zucker, Butter und Margarine im privaten Einzelhandel nicht zu haben sind. Gewünscht wird außerdem, daß zu dieser Jahreszeit mehr Sandaletten, bunte Sommerstoffe sowie Sommerkleider auf dem Markt erscheinen. Die Versorgung mit Frischgemüse ist ebenfalls noch unzulänglich. In Neubrandenburg ist man unzufrieden über fehlendes Arbeitsschuhwerk, von dem jeder Bauer mal, wenn nicht Stiefel, so doch Schuhe haben müßte. Man sagt, die zum Teil schlechte Einbringung der Hackfruchternte im Herbst 1952 sei zum Teil auf das schlechte und sogar fehlende Schuhwerk zurückzuführen. Man wäre, wenn nicht anders möglich, auch mit guten Igelstiefeln zufrieden. Über den Verkauf von ungebleichtem Nessel nur an die Angestellten der HO ist man hell empört. Desgleichen über kürzlich gelieferte HO-Butter, die ganz ranzig schmeckte. Die Bevölkerung wünscht die Herabsetzung [der Preise] der zum Leben notwendigen Mittel. 10,- M für 500 Gramm Butter ist für den Durchschnitt der Bevölkerung nicht tragbar. Im Kreisverband Pasewalk äußerte ein Unionsfreund, daß er die Politik der Zugeständnisse nicht für richtig halte. Die Regierung soll eine andere Preispolitik führen, die Wirtschaft stabilisieren, die Preise für die Dinge des täglichen Bedarfs senken und vor allen Dingen nicht so viel Geld für Prämien bzw. Auszeichnungen, 5000,- M und höher, das die Arbeiter verdienen müssen, zum Fenster hinauswerfen.

Im Kreisverband Jüterbog stehen folgende Punkte zur Diskussion: 1. Warum haben am 19. 6. 1953 die Industriearbeiter der Volkseigenen Betriebe 2 Pfund Margarine bekommen, während die übrige Bevölkerung leer ausging. Wiederum sind bald 14 Tage vergangen, indem es im HO nicht ein Stück Fettigkeit irgendwelcher Art gibt. Was sollen z. B. diese Menschen machen, die diesen Monat keine Karten bekommen haben? 2. Auf einem Ausspracheabend in Jüterbog beschwerte sich die Bevölkerung, daß die Regierung schon seit Jahren der Bevölkerung versprochen habe, die Fleisch- und Fettmarken auf den Lebensmittelkarten zu erhöhen; man wollte wissen, wann dies nun bald geschieht. Im Kreis Pritzwalk wurde von den Hausfrauen besonders der unterschiedliche Preis für Mager- und Buttermilch beanstandet. So beträgt dieser z. B. in Meinburg 0,50 DM, dagegen in Wendig-Priborn nur 0,20 DM. Bei einer sofortigen Nachfrage beim Rat des Kreises erklärte man, daß man bereits mehrmals den Bezirk angesprochen hat und man als Antwort erhielt, der Kreis soll sich beim Bezirk Schwerin erkundigen, laut welcher Anordnung sie diese Milch für 0,20 DM verkaufen könne. Dasselbe trifft für den HO-Zucker zu. In Meinburg 1,50 DM, in Wendig-Priborn 1,40 DM. Desweiteren beschwerten sich die Hausfrauen, daß weder Marmelade noch Honig zu bekommen ist. Außerdem beschwerte man sich, daß in der HO noch kein Zucker vorhanden ist, trotzdem die Regierung 15 000 Tonnen freigegeben hat. Die Lebenshaltungskosten werden immer wieder als zu hoch bezeichnet, besonders in Trikotagen und Mehlerzeugnissen (Nudeln, Makkaroni usw.), die besonders für die werktätige Bevölkerung zu teuer sind. Im Kreisverband Rathenow fragt man: Wo bleibt die Butter, Margarine und Öl? Zucker fehlt vollständig in der HO. Wo bleibt die Ware? Die Bevölke-

rung gibt sich mit den Erklärungen Grotewohls nicht einverstanden [sic!], der am 23. 6. 1953 im Transformatorenwerk Karl-Liebknecht sagte, die Preisregulierung in der HO hängt von der Steigerung der Produktion ab. Diese Formulierung ist falsch. Die Bevölkerung vertritt die Ansicht, daß die Zeit reif ist, mit der Ausfuhr von Erzeugnissen der Industrie sowie der anderen Produktion Schluß zu machen und die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

In Wittstock werden nach wie vor die hohen Textilpreise diskutiert. Der Herstellungswert der Waren und der Verkaufspreis haben eine zu große Differenz, worin die Bevölkerung eine Bereicherung des Staates auf ihre Kosten sieht. Die Diskussionsbeiträge, daß eine Mehrproduktion die Herabsetzung der Preise herbeiführen würde, findet ihre Entgegnung in folgender Ansicht: Die falsche Normerhöhung wurde von der Regierung zugegeben. Produktionssteigerung auf die Kräfte des Volkes bedeutet eine Ausbeutung des Menschen. Im Kreisverband Senftenberg sagt man, die Preise in den HO sind viel zu hoch, und nur ein geringer Teil der Bevölkerung kann sich das erwerben, was im täglichen Leben benötigt wird. Durch den Krieg und die ersten Nachkriegsjahre sind Kleider und Hauswirtschaftsgegenstände zurückgestellt worden nur um der Ernährung willen. Jetzt [habe man] die anstrengende Arbeit zur Erfüllung der Pläne, was zur Folge hat, daß der Ernährung mehr Beachtung geschenkt wird, aber die Preise zu hoch liegen gegenüber den Lohn Einkünften. Das Vertrauen an eine Zeit des besseren Lebens läßt bei der Bevölkerung sehr nach. Es schwindet vor allem die Bereitschaft zur Mitarbeit, weil es bisher allzu oft nur bei Versprechungen geblieben ist und keine Taten folgten. Im Kreisverband Quedlinburg werden in den Diskussionen immer wieder folgende Fragen gestellt: Sind die neuen Beschlüsse der Regierung in finanzieller, materialmäßiger und arbeitskräftemäßiger Hinsicht überhaupt erfüllbar? Wir erwarten eine gerechte und ausreichende Verteilung von Butter, Margarine und Zucker. Warum hat es in der Vergangenheit keine regelmäßige Fischzuteilung gegeben? Dabei ist zu berücksichtigen, daß die HO-Preise für Butter einem großen Teil der Bevölkerung nicht erschwingbar sind. Wo bleiben die Windeln? Wir brauchen Bettwäsche! Warum sind die Verordnungen der Regierung noch nicht in den Gesetzblättern erschienen? In Halle bemängelt die Bevölkerung, daß die Preispolitik nicht geändert wird. Man ist der Meinung, daß im kapitalistischen Zeitalter das Leben angenehmer gewesen sei, weil man damals nicht das Gefühl gehabt hätte, mit seiner Arbeitskraft so schonungslos ausgebeutet zu werden, wie das jetzt geschehe. Im Bezirk Leipzig wird nicht verstanden, daß in Schwerpunktbetrieben pro Kopf 2 Pfund Margarine ausgegeben wurden und weite Kreise der sonstigen Bevölkerung immer noch ohne Fettzuteilung sind. Im Kreis Ludwigslust stellt man die Frage, ob nicht die Möglichkeit besteht, an alte Leute, vor allem Rentner und Fürsorgeempfänger, Milch auszugeben. Gerade alten Menschen fehlt in vielen Fällen Milch. Jedoch ist der Bezug für diesen Personenkreis aus der HO finanziell einfach unmöglich. Man sollte sich einmal mit der Frage befassen, ob sich hier eine Regelung finden ließe, die gerade auch den Rentnern und Fürsorgeempfängern eine ganz wesentliche Verbesserung ihres Lebens bringen würde. In diesem Zusammenhang wurde auch angeschnitten, daß die Ärzte keine Möglichkeit haben, Magenkranken Milch zu verschreiben. Außerdem wird im Bezirk Neubrandenburg gefordert zu überprüfen, ob auch für Kinder über 9 Jahre Vollmilch zur Verfügung gestellt werden kann. Im gleichen Sinne wird auch in den Bezirken Frankfurt und Halle sowie in den Kreisen Wittstock, Zossen, Stendal, Hildburghausen, Bützow, Schwerin-Land, Potsdam-Stadt, Berlin-Friedrichshain und Treptow diskutiert. Wie die Aufklärungsleitung der Nationalen Front mitteilt, sind in Heringsford wegen Lebensmittelmangel viele Ferienplätze nicht belegt.

Auch die Hausbrandversorgung wird von der Bevölkerung als mangelhaft bezeichnet.

Ein Geschäftsführer der Handelskammer in Artern erklärte, daß er für den Monat Juli gegenüber dem Vormonat Juni nur eine 60 %ige Kohlenzuteilung erhalten habe. Diese Kohlenzuteilung war für die Bäckereien und andere Handwerksbetriebe und reichte nur für 20 Tage. Man kann von seiten der Bevölkerung nicht verstehen, warum die Kohlezuteilung so langsam vor sich geht. Die Diskussion geht darauf hinaus, daß jetzt die Ernte beginnt und daß dann die Waggonzuteilung für die Kohlen knapper wird und zur Folge hat, daß wiederum in der Kohlenversorgung solche Schwierigkeiten wie im Vorjahr auftreten.

Ebenfalls sehr viele Beschwerden kommen von der bäuerlichen Bevölkerung bezüglich des Ablieferungssolls, des Arbeitskräftemangels, des Mangels an Düngemittel usw. Es wird vom Bezirksverband Schwerin berichtet, daß Kredite für größere Bauernwirtschaften so lange zwecklos seien, als nicht auch eine Herabsetzung der Ablieferungsnormen und die Frage der stärkeren Zuteilung an Düngemittel geklärt werden müssen. Im Kreisverband Güstrow wurde im Gespräch mit Bauern festgestellt, daß es bei einem großen Teil schwierig sein wird, sie zur Übernahme ihrer Betriebe zu bewegen. Die Bauern sind übereinstimmend der Meinung, wenn das Soll, welches einem in diesem Jahr auferlegt wurde, beibehalten wird, sie sich im Herbst in derselben Situation befinden wie im vergangenen Jahr, und zwar, daß sie ihren Ablieferungspflichten nicht nachkommen können und somit mit dem Gesetz in Konflikt kommen. Weiter wird festgestellt, daß es in der Landwirtschaft zunächst darauf ankommt, die Grundlage für das vorhandene Vieh zu schaffen. Es wird die Ansicht vertreten, daß, solange das Ablieferungssoll in dieser Höhe bestehen bleibt, die Futtergrundlage für das Vieh nicht gesichert sein wird. Der Pastor Bach aus Neese meinte, daß vor allem in der Frage der Rückkehr republikflüchtiger Bauern noch sehr viele Unklarheiten bestünden. Bevor nicht endgültig geklärt wird, welche Regelung in den Rückständen im Ablieferungssoll gefunden und wie die Frage der mangelnden Arbeitskräfte geklärt würde, steht man auf dem Lande der Entwicklung sehr abwartend gegenüber. Im Kreisverband Gadebusch wird erklärt, der Wunschanbauplan muß wirklich ein Wunsch der Bauern sein und darf nicht geändert werden. Der Nachdrusch muß verschwinden, weil dies für die Bauern eine zu große Belastung ist. Die Ablieferung für eine landwirtschaftliche Nutzfläche für Handwerker muß erhöht werden. Mit 0,25 ha sind sie nicht lebensfähig. Der Kreisverband Parchim schreibt: Die Realisierung der neuen Beschlüsse unserer Regierung auf landwirtschaftlichem Gebiet ist bei uns die Schwerpunktaufgabe. Hierzu fehlen klare und eindeutige Verordnungen der Regierung, und zwar müssen diese sofort und nicht erst in vier Wochen, wenn die Ernte beginnt, erlassen werden. Bis heute ist es aufgrund der noch fehlenden Verordnungen nicht möglich, die Bauern zu überzeugen. Denn gerade der mecklenburgische Bauer hat bei allen Maßnahmen im ersten Augenblick ein Mißtrauen. Im Kreisverband Schwerin-Land wird erklärt, daß die Regierung sofort die Ablieferungsnormen erniedrigen und den Bauern klare Forderungen vorlegen muß. Erst dann wird der größte Teil der republikflüchtigen Bauern entscheiden können, ob er in der DDR noch eine Existenzmöglichkeit hat. Aus Neubrandenburg wird berichtet, daß man in bäuerlichen Kreisen über die zum Teil ungerechte Belieferung von Kunstdüngern an die LPG empört ist, während den werktätigen Bauern der versprochene Teil an Kunstdünger noch nicht gegeben wurde. Ferner kritisiert man, daß das Milchgeld für Mai 1953 noch nicht bezahlt wurde und die Fettprobe der gelieferten Milch im Juni bisher nur einmal vermerkt ist. Im Kreisverband Röbel erklärten die Bauern, daß sie keine Butter hätten, da ihr Soll zu hoch ist und insofern die Butterzuteilung zu gering wäre und sie damit nicht auskamen. Auf den Hinweis, daß sie diese Dinge in der HO kaufen könnten, wurde erklärt, sie könnten in der HO nicht kaufen, da sie kein Geld haben. Die Bäuerliche Handelsgenossenschaft zahlt ihnen kein Geld aus und mit

den wenigen Beträgen, die sie erhalten, müssen sie noch die Leute bezahlen, die ihnen bei der Arbeit geholfen haben.

Dagegen müssen sie, wenn sie Vieh abgeliefert haben und sie von der Verwaltung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse Getreide bekommen, dieses sofort bezahlen, sonst müßten sie mit leerem Wagen und unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren. Dies hat sich gerade am Tag der Diskussion ereignet. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wurden im Kreisverband Bernburg folgende Forderungen gestellt: Abschaffung des zwangsweisen Anbaues in der Landwirtschaft, Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe für die Abgabe von landwirtschaftlichen Produkten. Gleichmäßige Löhne in allen landwirtschaftlichen Betrieben.

Im Kreis Quedlinburg wurde die Frage gestellt, ob die starren Ablieferungstermine für die diesjährige Ernte entsprechend dem schlechten Verfahren der vergangenen Jahre nunmehr so abgeändert werden, daß eine gleichmäßige und natürliche Aberntung der Kartoffeln und Rüben nach der Getreideernte erfolgt und damit auch eine rechtzeitige Winterfurche geschaffen werden kann. Die Verordnung über den Plan der Viehbestände 1953 vom 2. 2. 1953³³ muß besonders im Hinblick auf die Futtergrundlage der Wirtschaften überprüft werden. Die Verordnung über die Pflichtablieferung und den Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für das Jahr 1953 vom 22. 1. 1953 muß unbedingt im Paragraph 7³⁴ abgeändert werden. Diese Verordnung hat größte Verärgerung und Verbitterung hervorgerufen. Wenn ein Handwerker in seinem Betrieb einen Beschäftigten hat, muß er – angenommen bei 3 Hühnern – 400 Eier im Jahr abliefern. Warum werden nicht Vertreter des Einzelhandels bei Besprechungen zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung hinzugezogen? Nur HO und Konsum werden geladen. Die Einzelhändler sagen, wir sind also doch abgeschrieben. Auch im Kreisverband Neuhaus wird gefordert, daß der § 7 im Abschnitt III in der Verordnung über die Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für das Jahr 1953 aufgehoben wird. Dieser Paragraph ist in der jetzigen Zeit vollkommen fehl am Platze. Eine unbillige Härte ist es, vor allem für Kleingewerbetreibende. Nach Rücksprache mit den Bauern im Kreis Freital geht man an vielen wesentlichen Dingen in der Landwirtschaft vorbei. Danach wird es sich in Zukunft für die Bauern beunruhigend und nachteilig in bezug auf die entbehrten Produkte Schweine und Milch auswirken, wenn der zentrale Futterfonds weiter wie bisher nur in die LPG fließt und darüber hinaus die Versorgung schleppend und nicht zeitgerecht geschieht. Weiter wird bemerkt, daß die Bauern mit Traktoren, Dresch- und hochwertigem Ackergerät beliefert werden müssen. Desgleichen fehlt es an Futternäpfen. Die Bauern weisen weiter darauf hin, daß man Angst davor hat, daß die Deutsche Handelszentrale nicht in der Lage ist, Frischgemüse, Tomaten usw. abzunehmen, weil der bisherige Anfall schon gezeigt hat, daß bei den geringen Mengen gegenüber den noch zu erwartenden weitaus größeren Transport und Abnahmeschwierigkeiten bestanden.

Rege Diskussion löst auch das Schul- und Erziehungswesen aus. Im Kreisverband Bernburg nimmt man dazu wie folgt Stellung: Das wichtigste Gebiet des kulturellen Lebens, auf

³³ Gesetzblatt der DDR 1953, S. 249 f.

³⁴ Ebenda, S. 175–183. § 7 lautete: „Besitzer von landwirtschaftlichen Nutzflächen bis zu 1 ha und Tierhalter (auch ohne Land), insbesondere private Industrie-, Gewerbe-, Handels- und Handwerksbetriebe, haben nach der Stückzahl der von ihnen gehaltenen Tiere Schlachtvieh, Milch und Eier nach folgenden Sätzen abzuliefern: je Stück Rindvieh: 40 kg (Lebendgewicht), Schwein: 50 kg, Schaf: 10 kg, Milchkuh: 700 kg Milch zu 3,5 % Fettgehalt; beim Besitz von Legehennen: 400 Stück Eier je Haushalt des ablieferungspflichtigen Erzeugers.“

dem durchgreifende Veränderungen und Verbesserungen notwendig sind, ist das Schul- und Erziehungswesen. Die bisher geübte Blockpolitik hat es dahin gebracht, daß das gesamte Erziehungswesen eine Domäne der SED wurde, auf welche die übrigen Parteien wenig Einfluß hatten. Dies zeigt sich deutlich in den Lehrplänen der allgemein bildenden Schulen, die rein marxistisch sind und auf die Belange der Eltern, die ihre Kinder christlich erzogen wissen wollen, keinerlei Rücksicht nehmen. Man kann z. B. im Deutschunterricht nicht mit Unrecht von einem Entdeutschungsprozeß sprechen. Für den Geschichtsunterricht war im Kulturprogramm der CDU gefordert worden, das neben der marxistischen Geschichtsauffassung auch die ideologische [gemeint: idealistische] zum Worte kommen sollte³⁵. Diese Forderung ist nie erfüllt worden. Infolgedessen sind Lehrer, die sich in den Gesinnungsfächern Deutsch und Geschichte nicht zu der rein marxistischen Praxis entschließen konnten, weil es ihnen ihr Gewissen verbot, als nicht tragbar durch Entlassung oder durch Versetzung an Grundschulen gemäßregelt worden. Häufig wurden solche Maßnahmen von Erziehungsfunktionären verfügt, die ihre Ausbildung bei den von ihnen Gemäßregelten genossen hatten und denen sie an Erfahrung weit nachstanden. Ministerpräsident Grotewohl hat in seiner Rede am Tag des Lehrers das Verkehrte und Unzulässige dieses Verfahrens zugegeben und gerügt³⁶. In der Zulassung der Kinder sogenannter bürgerlicher Eltern zur Oberschule und Universität ist schwer gegen den Grundsatz verstoßen worden, der in der Verfassung, gleiches Recht auf Bildung, verbürgt ist. Um diese hauptsächlich Mängel abzustellen, werden von den christlichen Eltern folgende Forderungen erhoben:

1. Aufstellung von neuen Lehrplänen, welche die rein marxistische Ausrichtung der Einheitsschule beseitigen.
2. Streichung der Gegenwartskunde als Gesinnungsfach.
3. Wirksame Einflußnahme aller Parteien, besonders der bisher gänzlich ausgeschalteten CDU, auf das Erziehungswesen.
4. Überprüfung und Aufhebung aller Maßregelungen von Lehrpersonen, die aus sog. politischen Gründen erfolgten.
5. Gleiche Berechtigung der Kinder aller Schichten bei der Zulassung zu den Ober- und Hochschulen.
6. Viele christliche Eltern wünschen Wiederaufnahme des Religionsunterrichts in den Lehrplänen.

Man vertritt den Standpunkt, daß allerdings das entsprechende Unterrichtsministerium

³⁵ Das Kulturprogramm der CDU war am 26.6. 1949 in Eisenach verabschiedet worden. Darin die Feststellung: „Der gesamte Unterricht ist im Geiste der Demokratie und Humanität zu erteilen [...]. Die Christlich-Demokratische Union wendet sich gegen jede einseitige Geschichtsauffassung.“ Das Programm ist abgedruckt in: „Der Neue Weg“ vom 28.6. 1949, S. 3.

³⁶ Die Rede hatte Grotewohl am 12.6. 1953 anlässlich eines Festaktes der Regierung zum „Tage des Lehrers“ in der Deutschen Staatsoper in Berlin gehalten. Darin die Feststellung: „Die Beschäftigung im Schuldienst darf [...] nicht von der Anerkennung des Marxismus-Leninismus abhängig gemacht werden [...]. Es ist darum falsch und als Fehler anzusehen, wenn das Volksbildungsministerium oder die Staatlichen Organe in den Bezirken glauben, die Qualität des Lehrers dadurch zu heben, daß sie bei Tausenden von Lehrern umfangreiche Untersuchungen und Nachprüfungen vornehmen und schließlich Hunderte von Lehrern entlassen [...]. Die im Zusammenhang mit den Oberschulen ausgesprochenen Kündigungen und Versetzungen von Lehrern müssen rückgängig gemacht werden.“ Artikel „Beweis unseres Verständigungswillens“, in: „Der Neue Weg“ vom 13.6. 1953 (Titel-seite).

für die Durchführung dieser Forderungen keine Gewähr bietet. In Wittstock werden Wünsche laut, die eine Wiedereinführung der englischen und französischen Sprache und des obligatorischen Religionsunterrichts beinhalten.

Im Kreisverband Senftenberg ist unverständlich, warum trotz der Rede des Ministerpräsidenten die für CDU-Lehrer ausgesprochenen Versetzungen von Oberschulen nach Grundschulen usw. nicht zurückgezogen worden sind. Es steht auch fest, daß diese Versetzungen auf politischem Gebiet liegen, weil diese Lehrer zu vieles wußten, was den Schulleitern nicht angenehm war. Die Abteilung Volksbildung beim Rat des Kreises regt sich in dieser Frage überhaupt nicht. Glaubt etwa der Rat des Kreises, daß die Versetzungen berechtigt sind? Die Elternschaft in Hildburghausen erwartet ebenfalls eine Änderung des Lehrplanes in den Schulen. Gleichzeitig wird gefordert, daß Lehrer, welche über die Kirche und ihre Einrichtungen lächerliche Bemerkungen vor den Kindern machen, aus dem Schuldienst zu entlassen sind. Ein Unionsfreund teilte mit, daß, obwohl vorher die Beurlaubung erteilt worden war, sein Kind wegen Fernbleiben [von der Schule] am Fronleichnamfest damit beanstandet worden ist, daß es nicht mit den anderen Kindern zur Erholung an die Ostsee fahren durfte. Die Verschickung der Kinder erfolgte durch den Caritasverband. Außerdem wird von den christlichen Eltern gefordert, daß die Schulleiter nicht nur aus den Reihen der SED ausgewählt werden.

Im Bezirk Leipzig wird auf die Notwendigkeit einer gründlichen Veränderung der Steuersätze für die Industrie und den Handel hingewiesen. Der Kreis Puttbus schreibt, daß insbesondere von der Handwerkerschaft der Wunsch geäußert wird, die Handwerkssteuer nach Möglichkeit wieder in der alten Form herzustellen. Aus den Kreisen der Industriemitglieder wird beanstandet, daß bei der Neuorganisation der 25 %ige Zuschlag der einkommenden Steuer bei Überschreitung des Antrages nur nicht fallen gelassen ist [?]. Im Kreisverband Meiningen wird festgestellt, daß der Handel selbst, wenn er etwas höhere Zuteilungen bekommt als bisher, nie existenzfähig sein wird, wenn die Regierung sich nicht entschließt, endlich auch eine Steuerreform durchzuführen, die im privaten Handel und der privaten Industrie eine Erleichterung bringt. Die Steuerlasten und sozialen Abgaben sind in den letzten Jahren derartig angestiegen, daß im Handel nur noch von einer erschütternden Existenzgrundlage gesprochen werden kann. Sollte es wirklich die Absicht der Regierung sein, dem privaten Handel und der Industrie zu helfen, muß die Hilfe an der Wurzel anfangen, d. h. in der Herabsetzung der Steuer- und Sozialabgaben.

Eine große Verärgerung herrscht in der Bevölkerung auch über die bisherige Personalpolitik. Der Kreisverband Neuhaus schreibt dazu: Die Personalpolitik in der Verwaltung richtete sich in der vergangenen Zeit nach kaderpolitischen Richtlinien, die kaum bekannt waren. Die Auswirkungen waren aber so, daß kaum Angehörige von nicht marxistischen Parteien eingestellt wurden. Die SED herrschte mit dem Leiter der Kaderabteilung der Betriebsparteiorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung ganz eindeutig und lehnte unter oft durchsichtigen Gründen alle Angehörigen anderer Parteien ab. Verlangt werden muß heute, daß vor allem Fachleute und Könnner in die Verwaltungen eingestellt werden. Eine Frage nach der Parteizugehörigkeit mußte überflüssig sein. Die Klagen vieler Parteifreunde sprechen für die Richtigkeit dieser Feststellung. War es doch so, daß man mit seinem Bekenntnis zur Zugehörigkeit zu einer anderen Partei [als der SED], vor allem zur CDU, gewärtig sein mußte, daß man keine Aussicht auf Einstellung habe. Auch in Freital fordert man ernste Änderungen in der Kaderpolitik, die bisher von der jeweiligen Kreisleitung der SED ausschließlich gemacht worden ist. Auch aus Halle kommen Klagen darüber, daß Unionsfreunde bei Einstellungen deswegen benachteiligt wurden, weil sie Mitglieder

unserer Partei sind. Das Kreissekretariat des Kreisverbandes Halle hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und nachdrücklich verlangt, daß dieser Übelstand alsbald und restlos beseitigt wird. Es handelt sich hier um einen ganz wesentlichen und durchaus berechtigten Grund zur Mißstimmung in unseren Mitgliederkreisen. Die seit Jahren bewährte und von der Regierung betonte Blockbildung, die sich auf eine gemeinschaftliche Arbeit aller gleichberechtigten Parteien stützt, läßt eine unterschiedliche Behandlung der arbeitenden Menschen in keiner Weise zu. Man sollte zuerst darauf sehen, gute Fachkräfte in die ihren Fähigkeiten entsprechende Stellen zu bringen.

Bezüglich des Wohnungsbaues ist man in Halle der Meinung, daß für die Masse des Volkes nicht das geringste Verständnis aufgebracht wird, aber für einige Bauten große Worte findet. Der Wohnungsbau im großen Stil wird als die Lösung vieler Schwierigkeiten angesehen.

Aus Hildburghausen schreibt man, daß es dringend einer generellen Regelung und Klärung in der Frage des Straferlasses bzw. der Urteilsüberprüfungen infolge der entsprechenden Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 11. 6. 1953 bedarf, um die erforderliche Rechtssicherheit zu gewährleisten. Inzwischen sind aufgrund der erfolgten Freilassungen von Straf- und Untersuchungshäftlingen Mißverhältnisse und Härten entstanden, wodurch Kritik und eine gewisse Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufen wurde. Dazu dürfte Berechtigung bestehen, wenn man beispielsweise folgenden Vergleich zieht: Ein Landwirt hat Untreue an Volkseigentum begangen (es handelt sich um einen Betrag von 540 M) und wurde dieserhalb rechtskräftig nach § 2 VESchG³⁷ zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde inzwischen entlassen. Demgegenüber: Eine mit 2 Jahren [Haft bestrafte] Angestellte hat kurz vor Inkrafttreten des VESchG 210 M unterschlagen. Sie wurde zunächst nach dem VESchG zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Auf ihre Berufung hin wurde das Urteil durch das oberste Gericht abgeändert, und sie erhielt lediglich wegen Unterschlagung und schwerer Urkundenfälschung 2 Jahre Zuchthaus, weil eben die Tat nicht in den Geltungsbereich des VESchG fiel. Sie befindet sich noch in Haft. Desgleichen erscheint es unverständlich, wenn Personen, die Diebstahl, Unterschlagungen, Untreue oder Betrug zum Schaden von Volkseigentum oder gesellschaftlichem Eigentum begangen haben, soweit sie nach dem VESchG nicht zu mehr als 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, nunmehr ohne weiteres freigelassen worden sind, während andere Delinquenten, die gleiche Straftaten begangen haben, die sich aber gegen Privateigentum richteten, bisher nicht irgendwie Berücksichtigung fanden. Grundsätzlich müßte zunächst geklärt werden, welche Rechtsgrundlage den erfolgten Entlassungen zugrunde liegt. Wenn die betreffenden Ermittlungsverfahren niedergeschlagen werden, die bereits rechtskräftige Urteile in solchen Fällen aufheben, handelt es sich um eine Teilamnestie oder Gnadenaktion. Gleichzeitig muß geklärt werden, ob und gegebenenfalls wie das VESchG vom 2. 10. anzuwenden ist. In der Bevölkerung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß man eine großzügige und umfassende Amnestie oder Gnadenaktion erhofft oder erwartet. Da man in den Anordnungen der Regierung vom 11. 6. 1953 insbesondere von der Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Volkseigentums ausgeht, so dürfte es gleichermaßen gerechtfertigt sein, auch die Anwendung des Gesetzes zum Schutze des Innerdeutschen Handels³⁸ zu überprüfen und die nach diesem Gesetz Verurteilten ebenso zu behandeln, wie es mit denen ge-

³⁷ Vgl. Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums vom 2. 10. 1952, in: Gesetzblatt der DDR 1953, S. 982.

³⁸ Datiert vom 21. 4. 1950, in: Gesetzblatt der DDR 1950, S. 327f.

schieht, die im Rahmen der Mindeststrafe des VESchG bestraft worden sind bzw. danach eine Strafe zu erwarten hatten. Auch das HSCHG, das die Mindeststrafe von 3 bzw. 5 Jahren Freiheitsstrafe enthält³⁹, wurde in letzter Zeit sehr weit ausgelegt. Fernerhin erscheint es angebracht, die Verfahren zu überprüfen, in denen sich die Täter gegen Maßnahmen wandten, die jetzt von der Regierung als falsch anerkannt wurden. Es handelt sich dabei um eine beträchtliche Zahl von Strafverfahren, in denen Artikel besonders der Verfassung und Kontrolldirektive 38 Abschnitt II Artikel III A und IX⁴⁰ zur Anwendung kamen.

Der Kreisverband Neuhaus fordert eine unbedingte Rechtssicherheit. Die Angst vor Verhaftungen muß den Menschen genommen werden. Die Bestimmungen über das Recht der vorsorglichen Festnahme, das die Polizei hat, muß so abgedeckt werden, daß jede Willkür ausgeschaltet wird. Es darf auf keinen Fall vorkommen, daß Unmutsäußerungen oder Kritiken als Provokation hingestellt werden und damit Verhaftungen und Verurteilungen im Gefolge haben.

Im Kreisgebiet Meiningen tritt schon seit einigen Jahren die Wildschweinplage ganz besonders in Erscheinung. Es taucht ab und zu einmal ein sogenanntes Jagdkommando auf und versucht mit List und Tücke einen Schwarzkittel zu erledigen. Manchmal gelingt es, manchmal gelingt es auch nicht. Ein systematischer Abschluß ist die ganzen Jahre hindurch nicht möglich gewesen, so daß die Plage jetzt schon derart überhand genommen hat, daß große Flächen von den Rudeln total verwüstet wurden. Es wäre nach unserem Dafürhalten eine dankbare Aufgabe der Hauptparteilitung, wenn man sich für die Rückgabe der Jagdgewehre an das Forstpersonal und die Jagdwächter einsetzen würde. Nur so ist es möglich, das Wild zu reduzieren und die Wildplage auszuschalten. Der Dank der Bauern im ganzen Thüringer Land an die CDU wäre gewiß.

Der Kreisverband Meiningen teilt mit, daß es ein sehr dringender Wunsch der Bevölkerung sei, daß die Regierung die Durchsuchung der Pakete aus Westdeutschland unterlassen möge. Die Bevölkerung stellt immer wieder fest, daß die Pakete bei der Ankunft nicht mehr das enthalten, was der Absender eingepackt hat. Der Kreisverband Wittstock berichtet, daß in Gesprächen mit Angehörigen der freien und Angehörigen der privaten Wirtschaft sich folgende Schwächen herausstellten: Schuhmacher, Schlosser und Lebensmittelgeschäfte bekommen nicht die Zuteilung an Waren und Material wie sie dem Konsum und der HO ausgeliefert werden.

Arbeiter der volkseigenen Betriebe erhalten andere Tarife und verbilligtes Werkkuchenessen. Sind keine Werkkuchen vorhanden, werden Zusatzlebensmittelkarten ausgehändigt, die dem Arbeiter und Handwerker in der Privatwirtschaft vorenthalten werden. Verkäufer und Verkäuferinnen der Privatwirtschaft werden gering entlohnt und bekommen die Grundkarte, während Angestellte der HO und des Konsums bevorzugt werden.

³⁹ § 2 des Gesetzes zum Schutze des innerdeutschen Handels, in: Ebenda.

⁴⁰ Gemeint ist die Direktive des Alliierten Kontrollrates vom 12. 10. 1946 betr. Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen. Nach besagtem Artikel fiel unter den erwähnten Personenkreis als Belasteter auch, „wer nach dem 8. Mai 1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat oder möglicherweise noch gefährdet“. Nach Artikel IX konnten sie „auf die Dauer bis zu 10 Jahren in einem Gefängnis oder in einem Lager interniert werden, um Wiedergutmachung und Wiederaufbauarbeiten zu verrichten“. Amtsblatt des Kontrollrates, S. 188 bzw. S. 192.

Wie die Ortsgruppe Rödersdorf mitteilt, wird danach gefragt, was mit Dertinger sei⁴¹. Man verlangt von der Parteileitung, daß sie sich darum kümmere, daß die Untersuchungen überprüft werden, um endlich zu erfahren, was ihm zur Last gelegt wird und wie die handgreiflichen Beweise dafür sind. Seit seiner Verhaftung hörte man nämlich nicht mehr ein Wort davon.

Bezüglich des Interzonenverkehrs werden folgende Wünsche und Beschwerden laut: Im Kreisverband Sonneberg führen Interzonenreisende bittere Beschwerden darüber, daß zu wenig Interzonenzüge eingesetzt sind, da eine ganz außergewöhnliche Überlastung der wenigen Züge zu verzeichnen ist. Dadurch verzögerten sich die Paß- und Gepäckkontrollen ungewöhnlich lange, so daß die D-Züge Verspätungen von 2 bis 4 Stunden haben. Es wird deshalb für erforderlich gehalten, die Zahl der Interzonenzüge dem erhöhten Interzonenverkehr anzupassen. Weiterhin wird der Wunsch geäußert, daß die Zahl der Interzonenübergangsstellen mindestens auf den Stand von 1949 erhöht wird. Die Interzonenreisenden, besonders der grenznahen Gebiete, müssen durch das Bestehen nur weniger Übergangsstellen weite und kostspielige Umwege machen. So ist beispielsweise eine Fahrt nach der bayerischen Nachbarstadt Coburg, die 20 km entfernt ist, nur über einen Umweg von ca. 100 km möglich. Die Sonneberger sind insbesondere an der Wiedereröffnung des Übergangs bei Sonneberg-Höhnbach an der Hauptstraße Sonneberg-Neustadt-Coburg interessiert, der im Jahre 1950 geschlossen worden ist. Es wird aber dringend darum gebeten, daß im Zuge der Wiedereröffnung keine Räumung von Privathäusern vorgenommen wird. Von bayerischer Seite ist bereits seit Jahren ein massives Zollhäuschen errichtet worden, und es bestehen gar keine Schwierigkeiten auf thüringischer Seite ein ähnliches Gebäude zu erbauen.

In Halle wird bemängelt, daß die Einheit unseres Volkes durch die Maßnahmen der Regierung in immer weitere Ferne gerückt ist. Alle Anordnungen wären nur dazu da, die Verbindung zum Westen Deutschlands zu stören. Ungehinderter Reise- und Postverkehr nach und von dem Westen Deutschlands wird als Sofortmaßnahme verlangt. Der Kreisverband Neuhaus teilt mit, daß für die Bewohner der Sperrzone weder Interzonenpässe noch Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt werden. Wenn auch im Augenblick Verständnis dafür vorhanden ist, daß Aufenthaltsgenehmigungen für den Raum der Sperrzone nicht ausgegeben werden, so könnten doch für die Bewohner der Sperrzonen Interzonenpässe zum Besuch Westdeutschlands ausgegeben werden. Man kann die Bewohner der Sperrzone, die genug unter den Sperrzonenbedingungen leiden müssen, auch hierin nicht zu Menschen minderen Rechts machen. Aus dem Kreis Zossen werden heftige Beschwerden wegen der Fahrverbindung gemeldet. Es wird die Forderung erhoben, daß es endlich an der Zeit sei, die Verkehrsverhältnisse aus Berlin in die Randgebiete zu verbessern (Berlin-Rangsdorf-Wiensdorf). Offen wurde zum Ausdruck gebracht, daß die nächste Arbeitsniederlegung kurz bevorsteht, wenn es nicht schnellstmöglich gelingt, die Verbesserung durchzuführen. Die Rangsdorfer Bevölkerung ist zur Zeit von 4.30 Uhr bzw. 5.30 Uhr bis 20 Uhr zu ihrem Arbeitsplatz in Berlin unterwegs. Hierbei fragt man auch, wo die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes bleibe? Die Argumente, daß im Augenblick nicht die in Betriebnahme der S-Bahn mit den Ereignissen des 17. Juni in Einklang zu bringen ist, und der Vorschlag, daß es

⁴¹ Außenminister Dertinger (CDU) war am 13.1. 1953 überraschend verhaftet worden. Anfang 1954 wurde er „als Haupt einer Verschwörergruppe“ in einem Geheimprozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 19), Düsseldorf 1990, S. 364–368.

der BRD möglich sein müßte, S-Bahn-Züge von Rangsdorf nach dem demokratischen Sektor, die in den Westsektoren durchfahren, einzusetzen, wurde verlacht und die Frage aufgeworfen, wo bleibt die Verständigung der Westberliner Bevölkerung mit uns, wenn wir nicht hindürfen. Einer der Anwesenden ging so weit bei dieser Frage, daß er die Behauptung aufstellte, daß die Gegner der Wiedervereinigung nicht im Westen, sondern im Osten zu suchen wären. Auch der Kreisverband Potsdam-Land berichtet, daß in der Randgemeinde Standort darauf aufmerksam gemacht wurde, die Verkehrsbeschränkung im S-Bahnverkehr auf der Strecke Stansdorf aufzuheben, damit die Bevölkerung wieder billiger und schneller zu ihren Arbeitsstellen kommen könne. Der Verkehr mit eingesetzten Autobussen sei zu teuer. Der Fahrpreis beträgt jeden Tag für Hin- und Rückfahrt 2,- M, während sich der Fahrpreis auf der S-Bahn für Hin- und Rückfahrt auf 0,40 M beläuft. Sie baten, von der Partei aus dem Ministerrat einen Vorschlag zu unterbreiten, in welcher Form hier schnellstens Abhilfe geschaffen werden könne.

In den Grenzkreisen tritt besonders der Wunsch der Bevölkerung auf Abänderung der Verhältnisse in den Sperrgebieten, an der Demarkationslinie hervor. So wünscht die Bevölkerung des Kreises Meiningen sofortige Abschaffung der Demarkationslinie einschließlich des 500-m-Streifens und Rückführung der Evakuierten, die im vorigen Jahr ihre Heimatdörfer im Grenzgebiet verlassen mußten. Auch die Bevölkerung in Dömitz, Bezirk Schwerin, fordert die Aufhebung der 5-km-Sperrzone und Rückführung der im Juni 1952 evakuierten Einwohner aus dieser Zone. Der Kreisverband Salzungen führt hierzu folgendes aus: Wir hatten in den letzten Tagen Gelegenheit, ca. 20 Gemeinden zu besuchen, um mit den Menschen über die letzten Ereignisse zu diskutieren. Alle Menschen begrüßten die Beschlüsse des Ministerrats, verlangten aber auch eine Klärung der Situation innerhalb des 5-km-Sperrstreifens. So wiesen die Freunde daraufhin, daß Republikflüchtlinge, die im vergangenen Jahr evakuiert werden sollten, zurückkehren dürfen und ihr völliges Besitztum zurückerhalten. Die von unserer Regierung in den Kreis Sondershausen Umgesiedelten, die Menschen also, die den Anordnungen der Regierung Folge leisteten, dürfen aber noch nicht in ihre alte Heimat und ihren Hof zurückkehren, so daß nach Ansicht unserer Einwohner an der Röhn eine Ungerechtigkeit vorgenommen wurde. Aus allen Diskussionen, die geführt werden, geht hervor, daß eine Klärung dieser von uns angeführten Situation erfolgen kann, indem man auch die nach Sondershausen evakuierten Personen in ihre bisherigen Wohnorte zurückführt. Weiterhin würde der Wegfall der 5-km-Sperrzone und die dadurch entstehende leichtere Feldarbeit ohne Passierschein wesentlich die Arbeitslust und Freude unserer werktätigen Bauern steigern. Unsere Menschen an der Röhn sind für jede Erleichterung, die ihnen durch irgendwelche Maßnahmen geschaffen wird, dankbar und können dadurch zu einer aktiveren politischen Arbeit gewonnen werden. Es ist noch mit Schwierigkeiten verbunden, die Felder direkt am 10-m-Streifen zu bearbeiten, da nur bestimmte Bauern und vor allem nur zu einer bestimmten Zeit in diesen Feldstreifen gehen dürfen. Der Kreis Neuhaus schreibt ebenfalls: Im Zug der Schaffung der Sperrzone wurden viele Menschen aus diesen Gebieten ausgesiedelt. Ein großer Teil ging nach Westdeutschland. Wenn diese heute zurückkehren, erhalten sie ihren Hof wieder. Ein anderer Teil verblieb in der DDR. Diese haben keine Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren. Man ist der Ansicht, daß diesen erst recht die Möglichkeit zur Rückkehr gegeben werden muß.

Im Kreis Hildburghausen stellt man fest, daß eine wirklich dringliche Verlängerung der Polizeistunde erforderlich ist. Es ist unverständlich, daß sich die Staatsorgane hier so nachlässig verhalten. In jeder Versammlung und bei allen Rücksprachen wird immer wieder gefordert, die Polizeistunden zu verlängern.